Nr. 136. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 15. Juni 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Deutschland und die Handelspolitik der englischen Kolonien.

Noch ist das Verhältniß Deutschlands zu dem großen Einfuhrmarkt der Vereinigten Staaten ganz ins Unsichere gestellt, und schon taucht eine neue Wolke am Horizonte unserer Handelspolitik auf. Vielleicht wird sie wieder verfliegen, aber selbst dann wird sie für das handelspolitisch noch immer zerklüftete Mitteleuropa eine eigenartige Warnung sein.

Bekanntlich hat Kanada, die große, hoffnungsreiche Ländermasse im Norden der Vereinigten Staaten, von jeher eine besondere Rolle in dem weltumspannenden britischen Kolonialreich gespielt. Lange Zeit schien das Streben nach Angliederung an die große amerikanische Republik im Süden und die entgegengesetzte Neigung, Kanada zu einem bedeutsamen Zwischenglied zwischen England im Osten und den asiatischen und australischen Besitzungen Englands im Westen zu gestalten, die Achse zu bilden, um die sich nach außen hin die ganze Entwickelung Kanada's drehte. Die Konservativen, die fast dreißig Jahre hindurch an der Regierung waren, galten als Vertreter der britisch-„imperialistischen" Richtung, die Liberalen beschuldigte man gern der Liebedienerei gegen die Vereinigten Staaten.

Vorläufig hat die letztere Richtung vollständig ausgespielt. Im Augenblick sind unter dem Ministerium Laurier die Liberalen am Ruder, aber gerade sie haben dem Mutterlande England eine handelspolitische Ausnahmestellung eingeräumt, die auf die auswärtigen Handelsbeziehungen aller mitteleuropäischen Industriestaaten revolutionirend wirken müßte, wenn die übrigen englischen Kolonien den Spuren Kanada's folgen wollten.

Der Abg. Richter spottete in einer der letzten Reichstagssitzungen über die Befürchtungen der deutschen Industrie gegenüber dem neuen kanadischen Zolltarif. Dieser Tarif, meinte der freisinnige Abgeordnete, sei im Grunde freihändlerisch, er bringe wesentliche Herabsetzungen der Zölle für einzelne Waaren. Das ist richtig. Aber die Höhe der Zölle an sich ist ja vielfach gar nicht entscheidend für die Einfuhr-Erschwerung oder -Erleichterung. Entscheidend für unsere Beziehungen zu Kanada ist, daß die Laurier'sche Tarifreform England eine differentiell günstigere Verzollung bei der Einfuhr zusichert: die Waare jedes anderen Industriestaates soll an den Grenzen Kanada's schlechter behandelt werden, wie die englische Waare. Damit ist der englischen Konkurrenz ein Vorsprung gegeben, den alle anderen Länder trotz der zum Theil beträchtlichen allgemeinen Zollermäßigungen gar nicht oder nur unter schweren Opfern einholen können. Trotz aller „freihändlerischen" Tarifreformen wäre speziell für Deutschland der Wettbewerb auf dem kanadischen Markt wesentlich erschwert und auf allen denjenigen Gebieten ganz unmöglich gemacht, wo zu der industriellen Ebenbürtigkeit und Ueberlegenheit Englands nun auch noch die künstliche staatliche Begünstigung dieses mächtigen Industrielandes treten würde.

Selbst wenn das Vorgehen Kanada's an den bestehenden Verträgen mit Deutschland und Belgien scheitert, so ist es doch von allgemeiner symptomatischer Bedeutung. Die große Wandlung, die sich im Verhältniß Englands zu seinen Kolonien im letzten Menschenalter mit immer größerer Beschleunigung vollzogen hat, kommt hier überraschend scharf zum Ausdruck. Einerseits haben die Kolonien den englischen Markt vor allen anderen Absatzgebieten schätzen gelernt, weil England inmitten der überall umsichgreifenden Absperrung und Schutzzöllnerei der freie Markt für alle überseeischen Produkte geblieben ist. England wiederum, von den Grenzen aller unabhängigen Industriestaaten durch steigende Zölle zurückgewiesen, hat den Werth seiner Kolonien immer höher anschlagen gelernt, selbst wenn diese Kolonien mehr und mehr dem Freihandel entsagten: die englische Bevölkerung, die englische Regierung und Verwaltung, das in Eisenbahnen und Schiffen, in sonstigen Anlagen steckende englische Kapital hat trotzdem in diesen Gebieten tausende von Abzugskanälen für England freigehalten, die anderen Nationen verschlossen sind. Der alte Ruf: Perish the colonies! — Nieder mit den Kolonien! — hat keinen Klang mehr, weder bei den Massen, noch bei den großen herrschenden Parteien. Bekanntlich liegen ja diese Verhältnisse in England anders als bei uns. Die Forderung einer engeren wirthschaftspolitischen Verbindung zwischen dem britischen Mutterland und den Kolonien kehrt mit zunehmender Stärke in allen Kreisen, bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten wieder, oft verworren und unklar in den Zielen, jedoch immer bezeichnend für die großbritische Strömung, die durch alle Volksschichten ohne Ausnahme geht und die in dem Kolonialminister Chamberlain ihren berechnenden und skrupellosen Fürsprecher findet.

Man hat Chamberlain auch mit dem Verhalten Kanada's in Verbindung gebracht. Wie weit das richtig ist, vermögen wir nicht zu beurtheilen. Lehrreich ist es jedenfalls, daß die „Times" es offen aussprechen: Das kanadische Zollgesetz beweise entweder, daß alle Kolonien England zollpolitische Vorzugsrechte einräumen können — oder im anderen Falle, falls die geltenden Handelsverträge dem entgegenständen, daß diese Handelsverträge zu kündigen seien; die öffentliche Meinung Englands werde durch das kanadische Experiment zu einer klaren Stellungnahme gezwungen sein. Ist das der Zweck bei der ganzen geräuschvollen Aktion, so würde der Probepfeil, der in Ottawa abgeschossen wurde, weit über sein nächstes Ziel hinausweisen; er soll die übrigen englischen Kolonien zu ähnlichen Maßnahmen zu gunsten Englands antreiben oder soll die Schranke der bestehenden Meistbegünstigungsverträge mit Deutschland und Belgien hinwegräumen, um den Weg für einen britisch-kolonialen Zollverein wenigstens von formellen, rechtlichen Hindernissen frei zu machen — thatsächliche wirthschaftliche Schwierigkeiten werden ja auch dann noch in Hülle und Fülle bestehen bleiben.

Daß man den englischen Exporteuren das lockende Bild einer ausnahmsweise günstigen Behandlung in Kanada nur vorgaukele, um den Unwillen gegen die deutsch-belgischen Verträge zu wecken, die in den Kolonien Extravortheile für England verbieten — diese Vermuthung gewinnt sehr an Wahrscheinlichkeit, wenn man sich den Wortlaut der in Frage kommenden Vertragsbestimmungen ansieht. Dieser ist unseres Erachtens so unzweideutig, daß man im Ernste ihren klaren Sinn nicht anzweifeln kann; dies kann nur geschehen, um die öffentliche Aufmerksamkeit in England künstlich längere Zeit für diesen Gegenstand festzuhalten. Artikel 3 und 7 des Vertrages vom 30. Mai 1865 zwischen England und dem deutschen Zollverein lauten:

> Bei der Ausfuhr nach den Gebieten und Besitzungen Ihrer Britischen Majestät sollen im Zollverein und bei der Ausfuhr nach dem Zollverein sollen in den Gebieten und Besitzungen Ihrer Britischen Majestät Ausgangsabgaben von keinen anderen Waaren und mit keinem höheren oder anderen Betrage erhoben werden, als bei der Ausfuhr nach dem in dieser Beziehung am meisten begünstigten dritten Lande.
>
> Die in den vorstehenden Artikeln 1 bis 6 getroffenen Bestimmungen finden auch auf die Kolonien und auswärtigen Besitzungen Ihrer Britischen Majestät Anwendung. In diesen Kolonien und Besitzungen sollen die Erzeugnisse der Staaten des Zollvereins keinen höheren oder anderen Eingangs-Abgaben unterliegen, als die gleichartigen Erzeugnisse des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland oder irgend eines anderen Landes, und es soll die Ausfuhr aus diesen Kolonien oder Besitzungen nach dem Zollverein keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden, als die Ausfuhr nach dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland.

Von irgend einer Zweideutigkeit ist hier offenbar nicht die Rede. Erstrebt Herr Chamberlain also besondere Zollbegünstigungen für England in den Kolonien, so muß er auf die Kündigung der Handelsverträge hinarbeiten. Daß das ein sehr zweischneidiges Vorgehen auch für England wäre, wird Herr Chamberlain hoffentlich schon im Stadium der Vorerörterungen einsehen.

Immerhin hätten unsere Schutzzöllner kein Recht, sich über die Zollvereinsanläufe im britischen Weltreiche zu wundern und zu beklagen. Durch ihre Absperrungspolitik gegen die englische Industrie und gegen die überseeische Landwirthschaft haben sie England und seine Kolonien zu engerem Zusammenschluß förmlich gezwungen.

Aus England.

London, den 12. Juni 1897.

Die Internationale Bergarbeiter-Konferenz ist gestern geschlossen worden. Ueber ihre Verhandlungen und Beschlüsse sind die Leser des „Vorwärts" bereits unterrichtet, es bleibt also nur ein Rückblick zu werfen über das Gesammtbild der Konferenz und ihren Werth für die Sache der Bergarbeiter.

Es wäre unbillig, an Konferenzen, die Millionen unter noch sehr verschiedenen Bedingungen produzirende Arbeiter vertreten, die Anforderung zu stellen, daß sie mit jedem weiteren Jahre neue Gedanken oder Forderungen zu Tage fördern. Es kann vernünftigerweise nicht einmal erwartet werden, daß ihre Beschlüsse von Jahr zu Jahr radikaler ausfallen. Im Gegentheil, der Fortschritt der Bewegung wird sich unter Umständen in scheinbarer Abnahme des ursprünglichen Radikalismus kundgeben. Je weiter man vom Ziel entfernt ist, um so abstrakter kann man es formuliren, je näher man ihm kommt, um so mehr wird man genöthigt, zu unterscheiden. Das zeigt sich überall und bekräftigt sich auch in der Arbeiterbewegung. Mit ihrer Kraft wächst nach bestimmten Richtungen hin ihr kritischer Sinn. Solche Differenzen, wie sie in der Frage des Minimallohnes, des Achtstundentages und der Verstaatlichung der Bergwerke zu tage traten, lassen sich nicht schlechtweg auf formelle Gesichtspunkte hin beurtheilen, sie sind nur aus der besonderen Situation der betreffenden Gruppen zu beurtheilen.

In der Achtstundenfrage zeigte sich der alte Gegensatz zwischen den Engländern von der Föderation und denen der nationalen Union der Bergarbeiter in ungeschwächter Schärfe. Man weiß, welches die Gründe sind, die den Widerstand der letzteren gegen den allgemein bindenden gesetzlichen Achtstundentag bestimmen. Ein solcher würde das in ihren Revieren herrschende System, wonach die Häuer in zwei Schichten von je 6½ Stunden, die Schlepper und sonstigen Hilfsarbeiter aber in einer Schicht von 10—11 Stunden arbeiten, nach ihrer Ansicht unmöglich machen und dazu führen, daß die Arbeit der Häuer auf acht Stunden erhöht würde. Dem Vorwurfe, daß sie somit die kurze Arbeit der Häuer durch die lange Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter erkaufen, begegnen sie mit der Behauptung, daß in ihren Revieren (Durham und Northumberland) die Knaben wirklich nur leichte Arbeit verrichten, während in den Föderationsdistrikten die Knaben für Arbeiten verwandt würden, die den jugendlichen Körper ungebührlich in Anspruch nähmen und von Rechtswegen den Männern zufielen. Ein Delegirter von Durham, den ich darüber interpellirte, erklärte mir noch, daß in den Revieren der Union die Knaben von den Grubenleitungen engagirt und bezahlt würden, in den Föderationsdistrikten aber die Häuer die Knaben selbst einstellten und nach ihrem Ermessen bezahlten, was unter Umständen zu argem Mißbrauch führe. Sie in Durham paßten sorgfältig auf, daß den Knaben keine zu schweren Arbeiten aufgebürdet würden und wirkten auf allmälige Verringerung der Arbeitszeit derselben, die Arbeit der Häuer sei bei ihnen dagegen sehr viel schwerer als in den meisten Föderationsdistrikten, weil die Flöze viel schmäler und ungünstiger situirt seien.

Was auf die Haltung von Durham und Northumberland fernerhin einwirkt, ist die Thatsache, daß ca. 88 pCt. der dort produzirten Kohle exportirt wird und auf dem Weltmarkt mit der Kohle anderer Länder konkurriren muß, eine Vertheuerung der Produktion daher leicht zum Verlust von Absatzmärkten führen kann. In den Föderationsdistrikten wird für den heimischen, oft sogar fast nur für den lokalen Bedarf produzirt, wo von einer ausländischen Konkurrenz keine Rede ist. Sehr natürlich daher, daß man dort für die Denkweise der Leute in Durham kein rechtes Verständniß hat. Dieses Verständniß wird auch da fehlen, wo die Arbeiter schwach organisirt sind und die Unternehmer ein absolutistisches Regiment führen. In Durham und Northumberland sei die Organisation sehr stark und lasse keine gute Konjunktur vorübergehen, ohne sich Lohnaufbesserungen auszuwirken, die meist ohne Streik bewilligt werden. Daher ihr Sinn für die Rückwirkungen der Marktverhältnisse, wie er sich in der Rede des Delegirten Ralph Young von Northumberland in der Debatte über den Minimallohn zeigte. „So sprechen die Unternehmer," hielten demselben viele Delegirte entgegen, als er ihnen klarzumachen suchte, daß ein ohne Rücksicht auf die Marktkonjunkturen normirter Minimallohn eine Unmöglichkeit sei. Das ist richtig, aber die Häuer von Durham und Northumberland sind der Position der Unternehmer aber schon sehr viel näher wie die Bergarbeiter anderer englischer und der meisten festländischen Reviere. Ralph Young speziell macht übrigens den Eindruck eines Doktrinärs. Wäre er dies nicht, so würde er die Frage ganz anders gestellt haben. Er behandelte die Minimallohnfrage aus dem Gesichtswinkel des häuslichen Konflikts der Engländer, was über die internationale Seite der Frage zu sagen war, wurde wohl am prägnantesten von Möller hervorgehoben.

In der Abstimmung über die Minimallohnfrage stimmten außer den Delegirten von Northumberland und Durham auch die von Süd-Wales mit Nein, die in der Frage des gesetzlichen Achtstundentages mit der Majorität gegangen wären. Die Erklärung dieses scheinbaren Widerspruchs besteht darin, daß in Süd-Wales wie im Nordosten für den Export produzirt wird, die Flöze aber ziemlich dick und die Häuer durchaus nicht die qualifizirten Arbeiter, ihre Organisationen auch sehr viel mangelhafter sind wie im Norden. Bei der Frage der Nationalisirung der Bergwerke dagegen stellten sich neben den „Manchesterleuten" von Durham auch die Sozialdemokraten aus Deutschland ablehnend, während die meist gut liberalen Delegirten der englischen Föderation Mann für Mann für die Verstaatlichung stimmten. Hier war eben die Machtstellung der Arbeiter im Staat und die Natur des Staats ein entscheidender Punkt. Für die englischen Arbeiter liegt kein politischer Grund vor, sich der Erweiterung der Machtsphäre des Staates zu widersetzen, auch in Belgien und Frankreich ist die Demokratisirung des Staates so weit vorgeschritten, daß die Arbeiter keine Furcht haben, beim Staat schlechter wegzukommen, wie bei Privatunternehmern; anders in Deutschland, wo der Staatsarbeiter, selbst wenn er in einigen Punkten ökonomisch besser daran ist wie der Privatarbeiter, dafür seine, auch sonst prekäre Unabhängigkeit völlig verliert. Die Resolution über die internationale Regulirung der Kohlenproduktion kann bei der schon ungleichartigen Stärke der Organisation und des Einflusses der Bergarbeiter in den verschiedenen Ländern vorläufig nur als ein frommer Wunsch betrachtet werden. Sie wäre heute nur durch eine Koalition der Unternehmer zu erreichen, die in den meisten Ländern die Ansprüche und Bedürfnisse der Arbeiter schlechtweg ignoriren würde. Es hatte denn auch niemand einen praktischen Plan in Vorschlag zu bringen, der auf alle Länder paßte.

So zeigte die Konferenz, außer in solchen Punkten, wie Unfallversicherung, Altersversicherung 2c., noch ziemlich starke Meinungsverschiedenheiten, die sogar manchmal sich in schärferer Weise geltend machten, wie auf früheren Konferenzen. Man würde aber sehr fehl gehen, wenn man aus der Thatsache, daß die Konferenz nicht alle internationalen und selbst nicht einmal alle innerhalb der Nationen vorhandenen Verschiedenheiten der Interessen beseitigen konnte, die Nutzlosigkeit der Konferenz folgern wollte. Diese Verschiedenheiten können nicht durch abstrakte Resolutionen aus der Welt geschafft werden, noch werden sie dadurch verringert, daß man sie ignorirt. Sie müssen erkannt, müssen in ihrer vollen Tragweite den Betheiligten zum Bewußtsein gebracht werden, um überwunden werden zu können. Neben ihnen giebt es genug Punkte, wo die Gemeinsamkeit der Interessen überwiegt, so daß selbst die heftigsten Diskussionen das Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht beeinträchtigen. Die Diskussionen werden schließlich doch die Wege zeigen, die zur Vereinbarung führen. In der Frage des Achtstundentages sind die Bergarbeiter von Durham und Northumberland wenigstens so weit gebracht, daß sie ernsthaft darauf hinarbeiten, schrittweise die Arbeitszeit der Förderjungen zu verkürzen, und in der Frage des Minimallohnes haben belgische, deutsche und französische Delegirte Gesichtspunkte hervorgehoben, deren Berücksichtigung bei den entsprechenden Gelegenheiten alles bedeuten würde, was unter den heutigen Verhältnissen in dieser Hinsicht geschehen kann. Für die Engländer, die die höchsten Löhne empfangen, welche heute überhaupt gezahlt werden, könnte ein internationaler Minimallohn zur Zeit keinen Gegenstand des Kampfes bilden, weil dessen muthmaßliche Höhe kaum an das heranreichen würde, was sie als Hungerlohn bezeichnen. Der nächste Schritt heißt Unterstützung der Arbeiter derjenigen Länder, die heute tiefer als sie stehen, in allen Kämpfen für Aufbesserung ihrer Löhne, und was Geld nicht thut, kann durch andere Formen der Hilfe geschehen.

Auf jeden Fall hat die Konferenz viel dazu beigetragen, die Erkenntniß der Sachlage in den verschiedenen Ländern zu erweitern und das gegenseitige Verständniß zu erhöhen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, 14. Juni.

Der österreichische Parteitag hat nach siebentägigen Verhandlungen seine Arbeiten beendet. Unsere Leser sind durch genaue Berichte von dem Gang der Debatten und Berathungen und von allen Beschlüssen in Kenntniß gesetzt worden, und

sie haben sich überzeugt, wie prinzipienklar und zugleich wie praktisch unsere österreichischen Genossen zu Werke gehen. Der einzig sichere Führer in dem Irrgarten der unzählige Möglichkeiten bietenden Praxis ist stets das Prinzip, das wohl nicht augenblickliche Irrthümer, aber doch dauerndes Irregehen ausschließt. Mit recht blickt die Wiener „Arbeiterzeitung" voller Genugthuung auf das Wachsthum der österreichischen Sozialdemokratie zurück und zeigt den ungeheuren Fortschritt, den die Bewegung seit dem ersten Parteitag in Hainfeld gemacht hat, welche Wegstrecke in den acht Jahren zwischen jenem und zwischen dem jüngsten — sechsten — Parteitag zurückgelegt worden ist.

Das Geleistete haben wir um so höher zu schätzen, als es unter besonders ungünstigen Verhältnissen und Aktionsbedingungen geleistet worden ist. Wir Deutsche, gleich allen einheitlichen Nationen, können uns nur schwer einen Begriff von den Hindernissen bilden, die durch Verschiedenheit der Nationalität und Sprache jeder Organisation geschaffen werden. Jeder, der internationalen Kongressen beigewohnt hat, weiß, welche Mühe bei Sprachenverschiedenheit jede Verständigung, auch über die einfachsten Fragen darbietet. Und Oesterreich ist das Land der vielen Nationalitäten und Sprachen. Während die eine Reichshälfte Ungarn, Slaven und Rumänen enthält, hat die andere neben den Deutschen mehrere Slavenstämme, vor allem die Czechen und Polen. Und all diese Stämme sind durch die unfähige und reaktionäre Politik der herrschenden Klassen und Parteien seit Jahrhunderten in einer Weise gegen einander verhetzt worden, daß es eine Riesenaufgabe ist, die gemeinsamen Klassenziele des Proletariats den Massen zum Bewußtsein zu bringen. Der Sozialismus, dem diese Aufgabe zugefallen ist, hat schon Großes gewirkt — aber viel, viel bleibt noch zu thun übrig. Der jüngste Kongreß hat sein Theil gethan, um die nationalen Gegensätze auszugleichen, die internationalen Gedanken mit den nationalen — nicht zu versöhnen, denn beide sind einander nicht feindlich — sondern zu gemeinsamem Streben und Kämpfen zu vereinigen, und die Partei innerlich wie äußerlich zu stärken.

Unsere österreichischen Genossen haben bisher in den verwickeltsten Lagen ein solches Geschick bewiesen, daß wir nicht den leisesten Zweifel hegen: sie werden auch die Nationalitätenfrage, an welcher die dynastischen wie die kapitalistischen Parteien sämmtlich gescheitert sind, zu lösen verstehen, und das Berechtigte des nationalen Prinzips auf dem Boden des internationalen Prinzips zur Geltung zu bringen wissen. —

Auch ein „Attentat". Ein Attentat, wie es besser nicht erfunden werden kann, um die Attentäterei und ihre staatsretterische Ausnutzung in ihrer ganzen Lächerlichkeit zu zeigen. Ein ungeheures Ereigniß, so heißt es zuerst. Präsident Faure in Gefahr. „Glücklicherweise" ist ihm nichts passirt. Die Menge stürzt über den Bösewicht her. Aber sie packt einen Geheimpolizisten, den sie tüchtig verprügelt und der dafür eine Medaille bekommt. Der „Attentäter" wird nicht gefunden. Dafür stellt sich heraus, daß das Attentatswerkzeug ein ganz ungefährliches Kinderspielzeug war. Und die Polizei selbst gesteht, daß das ganze entweder die That eines Irrsinnigen oder ein Gassenbubenscherz war.

Daß der „Attentäter" unauffindbar ist, ist immerhin merkwürdig. Und merkwürdig ist auch, daß der Geheimpolizist, der nach der Explosion zum Ort der „That" stürzt und nun das unschuldige Bleirohr in die Hand nimmt, von der Menge als Thäter angesehen wird. Aber trotz dieser sonderbaren Umstände kann man kaum glauben, daß hier Polizeimache vorliegt. Denn die Sache wäre etwas zu dumm angefangen. Es ist ein Bubenstreich und weiter nichts.

Daß der Bubenstreich unseren Staatsrettungsfanatikern, wie sie in der „Post" und den „Berl. Pol. Nachr." toben, Anlaß giebt zu den gewohnten Tiraden gegen Revolutionäre und Sozialdemokratie, ist selbstverständlich; alle vernünftigen Blätter weisen dagegen jede politische Fruktifizirung der Kinderei zurück. Weit interessanter als das Verhalten jener Blätter ist das Verhalten der hohen Diplomatie. Die Vertreter der ausländischen Mächte kamen angefahren und beglückwünschten Herrn Faure mit ernstester Miene, daß er der großen Gefahr entronnen; die ausländischen Höfe sandten Gratulations-Telegramme ..... Mehr Komik auf einmal ist wohl nicht möglich!

In den Niederlanden finden morgen die Wahlen statt. Es sind die ersten Wahlen unter dem neuen Wahlgesetz und die ersten Wahlen, an denen die junge sozialdemokratische Partei theilnimmt. Unsere Partei kämpft dort unter den denkbar schwierigsten Umständen. Hoffentlich wird ihr der Erfolg, wenigstens vorläufig der moralische Erfolg, nicht ausbleiben. —

Der Evangelisch-Soziale Kongreß, der vor acht Jahren begründet wurde, als sich evangelisch-theologische Kreise mehr mit den sozialen Problemen zu beschäftigen begannen, hat, wie unsere Leser aus den Berichten ersehen haben, vergangene Woche in Leipzig seine diesjährige Generalversammlung abgehalten. Wir haben das Gefühl, als wenn es mit der Glanzperiode dieser Richtung vorbei sei. Die Zeit ist nicht mehr danach. Das Jahr 1890, das Gründungsjahr des Kongresses, hatte die „Februar-Erlasse" gebracht. Heute weht der offizielle Wind aus einer anderen Ecke, und wir haben zu dem Nachwuchs jener Kreise, auf die der Kongreß angewiesen ist, nicht das Vertrauen, daß er sich in einer dauernden Oppositionsstellung wohl fühlen werde. Dazu sind neuerdings Absplitterungen gekommen. Diejenigen, die mit ihren sozialen Theorien einen praktischen Versuch wagen wollen, haben sich den „National-sozialen Verein" gegründet, die mehr positiv-christlich gerichteten sind unter Führung Stöcker's zu einer „kirchlich-sozialen" Gruppe zusammengeschlossen worden.

Trotzdem ist der Evangelisch-Soziale Kongreß auch diesmal wieder zahlreich besucht worden und brachte zum Theil recht interessante Vorträge und Diskussionen. Die alte Garde ist eben geblieben und hat der gerade neuerdings recht aufdringlich hervordrängenden Reaktion gegen alles kathedersozialistischen und christlichsozialen Bestrebungen ganz deutlich geantwortet, freilich mehr durch Ironie und allerlei Anzüglichkeiten. Zu der hanebüchenen Grobheit Heinrich von Treitschke's, der vor zwei Jahren dem Waffenschmied von der Saar das „Schuster, bleib bei deinem Leisten!" entgegenrief, wagte sich keiner der Angegriffenen aufzuschwingen.

Von den auf dem Kongreß gehaltenen Reden waren uns namentlich die des eben Professor gewordenen Herrn Oldenberg und die des Professors Schmoller von Interesse. Der letztere brachte den altbewährten Trost, daß der Mittelstand ja gar nicht bedroht sei, daß vielmehr Handwerk und Bauernstand erhalten bleiben werden, und sich außerdem auch noch der „neue Mittelstand" der Betriebsbeamten in den industriellen Werken bilde. Der junge Professor Oldenberg malte in den schwärzesten Farben die Gefahren an die Wand, die den Industriestaaten daraus drohen, daß sich die Länder, nach denen heute ausgeführt wird, mehr und mehr emanzipiren und uns schließlich nicht mehr brauchen werden, uns auch die Nahrungsmittel-Zufuhr verweigern würden, sodaß am Ende das ganze System der heutigen Weltwirthschaft elend zusammenbrechen müsse.

Eigentliche organisatorische Aufgaben lagen dem Kongreß nicht vor. Und bei der oben angedeuteten garnicht mehr recht „sozialen" Stimmung der jüngeren Generation jener Kreise darf man dem Kongreß auch für die Zukunft kaum prognostiziren, daß er große Heldenthaten verrichten werde. Ist doch nicht einmal das, was er sich früher vorgenommen, ausgeführt worden. Es war ja geplant, vorzugsweise durch Landgeistliche eine Enquete über die soziale Lage der Landarbeiter anzustellen. Fragebogen sind auch verschickt worden und sind zum Theil ausgefüllt zurückgekommen. Das Material ist dann, so viel wir wissen, Herrn Prof. Max Weber in Freiburg überwiesen worden, — aber damit ist die Geschichte zu Ende. Ans Licht der Welt ist davon nichts gekommen, und wenn man auf den Evangelisch-Sozialen Kongreß warten müßte, dann würde man heute über die soziale Lage der Landarbeiter noch recht wenig wissen. —

„Die Hintermänner" haben eine kindische Freude: Im „Kladderadatsch" schlagen sie die tollsten Purzelbäume, daß sie so gut davon gekommen sind. Es ist aber noch nicht aller Tage Abend. Was die um Tausch herum gethan haben, gegen wen es gerichtet war, in welcher Absicht und in wessen Interesse es geschehen ist, das weiß heute jeder, der Augen hat zu sehen. Daß es Personen giebt, die vom „Reichs-Anzeiger" des Landesverraths angeklagt und überführt sind, das weiß auch jedermann, obgleich die Justiz diese Personen nicht erreichen zu können scheint. Und daß Zustände, die solches ermöglichen, durch und durch faul sind, das weiß jeder, der denken kann. —

Ueber die Situation auf der Balkan-Halbinsel liegen folgende wichtigere Nachrichten vor:

Konstantinopel, 13. Juni. Morgen findet hier die fünfte Sitzung zum Zweck der Friedensverhandlungen statt. Dieselben nehmen ihren regelmäßigen Fortgang.

Athen, 12. Juni. Nach hier vorliegenden Meldungen habe der Gouverneur von Volo nachstehende Proklamation veröffentlicht: Auf Befehl der kaiserlichen Regierung wird das bewegliche und unbewegliche Eigenthum derjenigen Personen, welche Thessalien verlassen haben und flüchtig geworden sind, soweit sie nicht binnen 14 Tagen von heute ab in die Heimath zurückkehren, zu gunsten des türkischen Staates konfiszirt.

Athen, 13. Juni. Infolge des große Aufregung hervorrufenden Erlasses des türkischen Kommandanten in Thessalien, worin die Flüchtlinge aufgefordert werden, binnen vierzehn Tagen zurückzukehren, da sonst ihr Besitzthum zu gunsten des türkischen Staates verfällt, und weil auch die neuerliche Vorwärtsbewegung des türkischen Heeres gegen die Thermopylen beunruhigt, hat die Regierung den Großmächten eine neue Protestnote übermittelt. Der Kronprinz hat wegen dieser Maßnahmen seitens der Türkei bei Edhem Pascha persönlich Beschwerde erhoben, indeß erklärte dieser, nach Konstantinopeler Ordres zu handeln.

Köln, 14. Juni. Aus Bukarest wird der „K. Z." telegraphirt: Ein hiesiges Blatt bestätigt aus glaubwürdiger Quelle die neuerdings verbreiteten Meldungen über bulgarische Rüstungen und bulgarische Truppenansammlungen an der Dobrudscha-Grenze. —

* * *

Deutsches Reich.

— Vom Vereinsgesetz. Protestkundgebungen werden gemeldet aus Hagen, Schweidnitz und Bremen. In letzterer Stadt werden die Gewerkschaften nächster Tage 15 Gewerkschaftsversammlungen abhalten. Die Vorstände der nationalliberalen Vereine zu Elberfeld und Barmen, denen auch die Landtags-Abgeordneten v. Knapp und Dr. Böttinger angehören, habe einstimmig folgende Resolution beschlossen:

Angesichts der durch die Haltung der konservativen Partei herbeigeführten Gefahr, daß das von der Regierung bedauerlicherweise vorgelegte reaktionäre Vereinsgesetz in seiner ursprünglichen oder einer ähnlichen Fassung zur Verabschiedung gelange, erachten die Vorstände der nationalliberalen Wahlvereine von Elberfeld und Barmen es für geboten, sich, unter Verzicht auf das Ergebniß der dritten Lesung, nunmehr der Vorlage gegenüber auf einen unbedingt ablehnenden Standpunkt zu stellen." — Gleichzeitig beschlossen die Vorstände, den Abgeordneten des Wahlkreises von dieser Resolution Kenntniß zu geben mit dem dringenden Ersuchen, im Sinne derselben wirken und stimmen zu wollen.

Die „National-Zeitung" erachtet diese Beschlüsse für um so bemerkenswerther, da Elberfeld und Barmen bekanntlich große Industriestädte sind: die Vertheidiger der Vereinsgesetznovelle behaupten, in den Industriebezirken, namentlich den rheinisch-westfälischen, sei die nationalliberale Partei mit der Ablehnung des Regierungsentwurfs oder des freikonservativen Antrags seitens der Nationalliberalen des Abgeordnetenhauses nicht einverstanden.

In Langengrassau im Kreise Bitterfeld hat der Amtsvorsteher sich geweigert, in einer Versammlung dem Ersuchen des Vorsitzenden nachzukommen und einen Betrunkenen entfernen zu lassen, welcher fortgesetzt Störung verursachte; der anwesende Gendarm aber berief sich auf den Amtsvorsteher. Als die Störungsversuche dann fortgesetzt wurden, erklärte der Amtsvorsteher Kölling die Versammlung für aufgelöst. Das ist auch ein Beitrag zu der Vereinspolizei, wie sie nicht nur in Puttkamerun, sondern auch in der Provinz Sachsen ausgeübt wird. Warum hat denn der Vorsitzende den Störenfried nicht hinausführen lassen. Auf grund des Hausrechts war er dazu durchaus berechtigt.

— Miquel hat seine Kur in Wiesbaden unterbrochen, um nach Berlin zu reisen. Er hat hier heute Vormittag mit dem Reichskanzler eine lange Besprechung gehabt. Ob diese besondere Miquel-Fahrt von weiterer Bedeutung ist, weiß man nicht. —

— Als Nachfolger Dr. Bödiker's in der Präsidentenstelle des Reichs-Versicherungsamts wird Geh. Rath v. Wödtke genannt. —

— Was nun? Verdutzt stehen die Junker vor dem Börsenstreik. Sie können die Feenpalast-Vereinigung schließen und die Börse leeren, aber sie können die Börse nicht füllen. „Will man etwa Dienstmänner an die Produktenbörse schicken, daß sie die Preise machen und notiren?" fragt spöttisch die „Freisinnige Zeitung". Nun, vielleicht kommandirt man Unteroffiziere. —

— Ein unwürdiger Beamter — und insbesondere unwürdig, „Polizeiverwalter" zu sein, ist nach der bekannten von uns mitgetheilten Entscheidung des preußischen Ober-Verwaltungsgerichts vom 29. Januar dieses Jahres ein solcher Beamter, der die Bestrebungen der Sozialdemokratie, als einer Umsturzpartei, „bewußt unterstützt oder fördert!!" Das ist zwar eine ganz verkehrte Auffassung vom Standpunkt des „unparteiischen Staates" oder sogenannten „Rechtsstaates", allein da wir an diesen niemals geglaubt haben, so wollen wir mit jener Auffassung auch nicht rechten.

Gar wunderlich aber ist es, wenn in demselben Entscheid, den die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" jetzt vollständig abdruckt, ausgesprochen wird, schon die Thatsache, daß ein Beamter „den Versuch macht, die Sozialdemokratie sachlich zu widerlegen, anstatt die aufreizenden Behauptungen energisch zurückzuweisen" (wörtlich!) — schon die bloße Thatsache der sachlichen Widerlegung statt der energischen Zurückweisung genüge, einen Beamten der Beamtenqualität „unwürdig" zu erklären.

Sachliche Widerlegung eines preußischen Beamten unwürdig!

Und es gab eine Zeit, wo Preußen sich Intelligenzstaat nannte. —

— Neue Fortschritte in der Mordwaffen-Technik. Kaum ist die neue Artilleriegeschütz-Konstruktion fertig gestellt und wird an der Ausrüstung der Truppen mit dem „Schnellfeuer-Geschütz" in allen „zivilisirten" Ländern gearbeitet, da taucht schon die Ankündigung auf, daß auch auf dem Gebiet der Infanteriebewaffnung wiederum neue Umwälzungen bevorstehen. Der „Züricher Post" werden hierüber einige interessante Mittheilungen gemacht. — Nach einer Schilderung der bisherigen Entwickelung in der infanteristischen Waffentechnik schreibt das Blatt:

„Die Technik ist jedoch in jüngster Zeit zu Erfolgen gelangt, welche es durchaus nicht unmöglich erscheinen lassen, daß die Umwandlung beziehungsweise Neubewaffnung in verhältnißmäßig kurzer Frist vor sich gehen mag. Wenn noch einige Jahre uns von dem nächsten großen europäischen Kriege trennen sollten, so wird die Infanterie alsdann mit „Selbstladern" oder „automatischen Handfeuerwaffen", die Artillerie aber mit Schnellfeuergeschützen ins Feld ziehen.

Bis jetzt liegen freilich nur kriegsbrauchbare Konstruktionen von „automatischen Pistolen" vor, welche eben daran sind, den Revolver völlig zu verdrängen. Diese Selbstlader benutzen in genialster Weise den Rückstoß, um den Verschluß zu öffnen, die leere Hülse auszuwerfen, die Schlagvorrichtung zu spannen und die neue aus dem Magazin aufsteigende Patrone durch den Verschluß in das Lager im Laufe zu verbringen. Ein mit einer solchen Waffe ausgerüsteter Schütze hat demnach nur nöthig, das Magazin jeweilen zu füllen und den ganzen Mechanismus in Bewegung zu setzen. Er hat den großen Vortheil für sich, daß er in den entscheidenden Augenblicken des Gefechtes, also wenn es nöthig wird, Magazinfeuer abzugeben, nur zu zielen und abzudrücken braucht. Alle Störungen, welche die Ladearbeit so gerne entstehen sieht, wenn des Soldaten Geist durch die Aufregung getrübt wird, sind vermieden; denn die Waffe besorgt ja alles selbstthätig bis auf das Zielfassen und die Abgabe der einzelnen Schüsse. Die Kaltblütigkeit und damit die Kampfestüchtigkeit des Infanteristen müssen bei Benutzung eines technisch vollendeten Selbstladers ganz gewaltig gehoben werden.

Um die Waffe dann vollkommen auszunützen, bedarf es jedoch noch erheblicher Verbesserungen an den Zielvorrichtungen. Vielleicht wird dies am ehesten durch die Anwendung der ringförmigen amerikanischen Visire des Systems Lyman erreicht werden. . . .

Auch die Chemie, welche bislang die Waffentechnik so kräftig unterstützte und ohne deren Ausgestaltung des rauchschwachen Treibmittels die mit dem Minimalkaliber zusammenhängenden Verbesserungen nie ermöglicht worden wären, wird in Bälde mit den Grundlagen für eine neue Munition auf den Plan treten. Die schnellfeuernden Gewehre brauchen viele Patronen; der Mann wird jedoch kaum mehr wie 150 Stück (mit Metallhülsen) ins Gefecht tragen können und in diesem Falle immerhin sehr stark belastet erscheinen. Wenngleich diese Zahl im allgemeinen ausreichen mag, so dürften sich doch in den Zukunftsschlachten einzelne Truppentheile noch leichter verschießen, wie dies in den letzten Feldzügen geschehen ist. Der ausreichende Munitionsersatz aber erscheint gerade im Zeitalter der weittragenden flachbahnigen Gewehrschüsse als eine oft unüberwindliche Schwierigkeit. Die Militärchemie strebt nun danach, Patronen zu erzeugen, welche in ihrer Hülse einen Theil des Treibmittels darstellen und dementsprechend etwa zehnmal weniger als die heutigen Metallpatronen wiegen würden. Da die Selbstlader keines gasdichten Verschlusses bedürfen, so hätte die Verwendung derartiger verbrennbarer, aber natürlich gegen Witterungs- und andere Einflüsse unempfindlicher Hülsen keinerlei Schwierigkeiten."

Welch' furchtbare Perspektive eröffnet sich da wieder! So arbeitet der Erfindergeist des Kulturmenschen an der Vervollkommnung der Instrumente, welche seine Werke und ihn selbst vernichten sollen. Welch' ungeheurer Wahnwitz! —

— Konservativer Hochmuth. Einen kleinen, netten Einblick in die politische Philosophie unserer Junker giebt eine Betrachtung der „Deutschen Tageszeitung", die davon ausgeht, Bismarck's Krakehlereien nach seiner Dienstentlassung zu entschuldigen. Das Blatt weist auf das Wort Bismarck's hin, „ihm sei zeitlebens Politik als die vornehmste Beschäftigung des freien Mannes erschienen". Anstatt aus diesem gewiß guten Wort zu folgern, daß das Ideal der Volksentwickelung darin zu suchen sei, daß jedermann frei sei und jedermann Politik treibe zum Wohle des Gemeinwesens, sagt das Agrarierblatt:

„Unzweifelhaft war seine (Bismarck's) Auffassung die der Germanen bei ihrem Eintritte in die Weltgeschichte: für Freie und Edele Jagd, Krieg und Staatsgeschäfte, den Tod auf der Wahlstatt und ein ewiges Heldenleben in Siegvaters hoher Heldenhalle; für den Niedern die ruhmlose Arbeit und im Jenseits die Vergessenheit in Frickas Knechtschaft."

Und diese Auffassung der Dinge verherrlicht alsdann die „Deutsche Tageszeitung" des langen und breiten. Da zeigt sich der ganze Aristokratenstolz dieser Gesellen. Aber die Geschichte sargt sie sammt ihrem Stolz ein. Die Arbeit überreitet die Jäger und Krieger und aus der Arbeit, der freien, wächst die wahrhaft gedeihliche politische Thätigkeit hervor!

— Aus den Ferienkolonien. Die „Münchener Post" berichtet: Am Pfingstsonntagabend, mittags 12 Uhr, erschoß sich der Bediente Wolfgang Rödl des Premierlieutenants Rudolf Frhrn. v. Pöllnitz vom 1. Ulanenregiment in dessen Wohnung, Kanalstraße 39 I, mit dem Jagdgewehre seines Herrn. Der Leichnam des unglücklichen Selbstmörders wurde am Donnerstag, nachmittags vier Uhr, im nördlichen Friedhofe beerdigt. Was den armen Offiziersburschen in den Tod getrieben hat, ist noch nicht völlig aufgeklärt. Jedenfalls, so schreibt unser Bruderorgan, erscheint es angezeigt, daß seitens der militärischen Vorgesetzten eine strenge Untersuchung zur Feststellung des Sachverhalts eingeleitet wird, denn dies erscheint um so nothwendiger, als bereits recht sonderbare Gerüchte in der Nachbarschaft über den Fall kursiren. Recht eigenthümlich muß es auch anmuthen, daß bis jetzt auch der Polizeibericht ganz geschwiegen hat. —

— Nach amtlicher Feststellung wurden bei der am 9. d. stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl im Wiesbadener Wahlkreise 20 570 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielten Wintermeyer (frs. Vp.) 6761 St., von Fugger (Z.) 5541 St., Dr. Quarck (Soz.) 5207 St. und Stadtrath Bartling (natl.) 3058 Stimmen. Die Stichwahl zwischen Wintermeyer und v. Fugger ist auf den 28. d. M. festgesetzt. —

— Die freien religiösen Gemeinden Deutschlands haben in Mainz ihre 17. Bundesversammlung abgehalten. Zahlreiche Städte waren vertreten. Man beschloß, beim Reichstage und Bundesrathe wegen Einführung einer für Dissidenten geeigneten Eidesformel Schritte zu unternehmen. Weiter besprach man die Einwirkung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches auf die Rechte derjenigen freien Gemeinden, die Eigenthum besitzen. —

— Wie man die Dänen zu guten Preußen macht. Die Wahl des Herrn P. Petersen zum Gemeindevorsteher in Scherrebek ist vom Landrath nicht bestätigt. Die Wahl ist jetzt zum dritten Male schon kassirt worden! —

Gotha, 13. Juni. (Eig. Ber.) Der gemeinschaftliche Landtag von Koburg-Gotha wurde am Sonnabend nach ca. siebenwöchiger Dauer geschlossen. Noch kein Landtag hat das Interesse der Bevölkerung so erweckt, als dieser letztverflossene. Der Eintritt der sieben Sozialdemokraten, die von denselben auf die Tagesordnung gebrachten Fragen: Zweijährige Etatsperiode, Fabrikinspektorat und andere gaben zu heftigen Debatten Anlaß. Die Sozialdemokraten haben dabei gut abgeschnitten, ihre Anträge sind, wie bereits telegraphisch berichtet, sogar einstimmig angenommen worden. Ein Antrag des Genossen Bock namens der Fraktion, den Bundesraths-Vertreter im Bundesrath dahin zu instruiren, daß er für das von dem Reichstage beschlossene Vereins-Nothgesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung stimme, wurde gleichfalls einstimmig angenommen.

Am Montag, den 14. d. beginnt der Spezial-Landtag für Gotha.

Unsere Fraktion stellt folgende Anträge:

1. Abänderung resp. Beseitigung der Gesinde-Ordnung.
2. Den Staat zu verpflichten, bei Vergebung von Arbeiten Minimal-Lohnsätze, Arbeitszeit 2c. den Unternehmern als Bedingungen vorzuschreiben.
3. Erhöhung resp. Aufbesserung der Gehälter und Löhne der unteren Klasse der Staatsbeamten und staatlichen Arbeiter.
4. Regulirung des Wildschadens.

Die Fraktion wird ihre ganze Kraft einsetzen, diese Forderungen durchzudrücken. —

— Gegen den Pastor Schall ist, wie der „Saale-Ztg." aus Braunschweig geschrieben wird, das förmliche Disziplinarverfahren wegen seines Verhaltens dem Konsistorium gegenüber eingeleitet worden. Daneben ist jetzt auch seine Suspension vom Amte verfügt und der Pastor Moschütz in Saalsdorf als Verwalter der Bahrdorfer Pfarrstelle eingesetzt worden.

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wie früher mitgetheilt, wurde der Dienstknecht Paulsen in Pamhule (Nordschleswig) wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt, bald darauf aber gegen Hinterlegung einer Kaution von 2000 M. aus dem Gerichtsgefängnisse in Glückstadt vorläufig entlassen. Jetzt ist nun die Wiederaufnahme des Verfahrens beschlossen und dieserhalb vom Landgericht in Flensburg ein Termin auf den 18. d. M. anberaumt worden, zu dem zahlreiche Zeugen geladen sind. Der Hauptbelastungs-Zeuge des Verurtheilten aber, sein Mitknecht Franck, hat sich inzwischen über die Grenze geflüchtet.

Die Knechte des Häfners Vogt in Broballig auf Alsen hatten an der Wand ihrer Schlafkammer ein Kaiserbild und vier schwarz-weiß-rothe Papierfahnen angebracht. Der dänisch gesinnte Dienstherr forderte nun seine Knechte auf, das Kaiserbild und die Fahnen herunterzunehmen und als dies nicht geschah, entfernte er die Gegenstände selbst von der Wand. Als Vogt am andern Tage bemerkte, daß die Knechte, vermuthlich um ihn zu ärgern, wiederum Bild und Fahnen an der Wand befestigt hatten, riß er beides gewaltsam herunter. Hierbei wurden die Fahnen beschädigt und auch das Kaiserbild zerknittert. Die Angelegenheit kam zur Anzeige und Vogt wurde wegen Majestätsbeleidigung und Sachbeschädigung unter Anklage gestellt. Der Staatsanwalt, welcher in der Zerknitterung des Kaiserbildes eine Majestätsbeleidigung erblickte, beantragte in der dieserhalb vor der Strafkammer in Flensburg anstehenden Hauptverhandlung gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von zwei Monaten und wegen der Beschädigung der etwa 25 Pf. an Werth habenden Papierfahnen 3 M. Geldstrafe. Das Gericht setzte die Publikation des Urtheils bis zum Freitag, den 18. d. M., aus.

Schweiz.

Bern, 12. Juni. (Eig. Ber.) Aus den Verhandlungen der am Dienstag zusammengetretenen Bundesversammlung ist nicht viel Wichtiges herauszuheben. Im Nationalrath machte der Waadtländer Fonjallag, Mitbegründer des neuen Bauernverbandes und Mitglied des Verbandsvorstandes einen agrarisch-schutzzöllnerischen Vorstoß in Gestalt einer Motion auf Unterstellung der Handelsverträge unter das Referendum, wobei ihn der katholische Sozialpolitiker Dr. Decurtins, ebenfalls Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Bauernverbandes, unterstützte. Die Motion wurde mit 82 gegen 8 Stimmen abgelehnt. —

Sodann wurde vom Nationalrath die bundesräthliche Vorlage betreffend Neuordnung der Landwehr-Infanterie erledigt. Danach wird die Zahl der Landwehr-Infanteriebataillone um etwa ein Drittel vermindert, um den Mannschaftsbestand des einzelnen Bataillons erhöhen zu können, und ferner wird die Landwehr nach den Altersjahren in ein erstes und zweites Aufgebot gegenüber der jetzigen Einheit eingetheilt. Außerdem wurde ein Postulat angenommen, welches den Bundesrath einladet, eine Revision der Militärorganisation von 1874 vorzulegen, welcher die seither hinsichtlich des Wehrwesens erlassenen Gesetze entsprechend einverleibt sind; ferner auch diejenigen Aenderungen und Ergänzungen gesetzlich zu ordnen, welche seither auf dem Budget- oder Verwaltungswege eingeführt worden sind; die Frage des Landsturms und seines Unterrichts im Sinne der Entlastung neu zu ordnen und diejenigen Aenderungen und Ergänzungen vorzunehmen, deren Erledigung ein dringendes Bedürfniß ist.

Gestern begann die Berathung der Kranken- und Unfallversicherung. Die ganze Sitzung wurde ausgefüllt von den Vorträgen beider Kommissionsreferenten, Comtesse (französisch) und Forrer (deutsch). Ersterer begründete insbesondere auch die von der Kommission vorgenommene Verschlechterung der Entwürfe des Bundesrathes und speziell die Belastung der Arbeiter mit 20 pCt. Prämienbeitrag zur Unfallversicherung und ferner die Verlegung des Sitzes des eidgenössischen Versicherungsamtes nach Luzern, während der Bundesrath Bern vorgeschlagen hatte. Forrer führte aus, um die Entwürfe in ihrer Bedeutung gegenüber dem jetzigen Zustande zu beleuchten, daß die Unternehmer künftighin um 8 Millionen mehr zu leisten haben, als die jetzigen Anforderungen des Haftpflichtsystems ausmachen. Heute sprachen sieben Redner, alle für Eintreten auf die Vorlage, darunter Sourbeck, Bundespräsident Deucher, Wullschleger 2c. Nächsten Montag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Aus dem Ständerath ist die Bewilligung von 405 000 Fr. an die Verbauung des Lammbaches und Schwandenbaches bei Brienz (Bern) zu erwähnen. —

Ungarn.

— Das Niederschießen der Bauern geht fort, wie unser vorgestriges Telegramm zeigt. Gendarmerie und Militär gehen brutal über alles Maß gegen die Landarbeiter vor, welche bessere Löhne fordern. Und niemand hilft den armen Leuten. Der Staat tritt auf die Seite der großen Gutsbesitzer. Im Parlament kamen am Sonnabend die Vorkommnisse von Elemer im Alföld zur Sprache. Abg. Makfalvay brachte eine Interpellation ein. Der Minister des Innern, Perczel, erklärte, er habe Kenntniß davon, daß gewissenlose Hetzer (!) in Gegenden, die zumeist von Feldarbeitern bewohnt werden, diese Bevölkerung überreden, ungerechtfertigte (?) Forderungen zu stellen und, falls diese nicht erfüllt würden, im letzten Augenblicke, wo es schon zu spät, für andere Arbeiter zu sorgen oder Erntemaschinen anzuschaffen, den Dienst zu verweigern und so die Grundbesitzer in die Zwangslage zu versetzen, entweder die Frucht auf dem Halme zu grunde gehen zu lassen oder die übertriebenen Forderungen zuzugestehen. Die Regierung wende jedes Mittel an, die Arbeiter darüber aufzuklären, welchen Gefahren sie sich dadurch aussetzen. Selbstverständlich könne der Staat diesen Agitationen nicht mit verschränkten Armen zusehen. Er, der Minister, biete alles auf, um die Gegensätze der Interessen zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern auszugleichen und dort, wo die Feldarbeiter nicht arbeiten wollen, Arbeiter aus anderen Gegenden zur Verfügung zu stellen; er glaube auch versprechen zu können, daß im äußersten Nothfalle die Heeresverwaltung die erforderliche Militärmannschaft aushilfsweise für die Feldarbeiten zur Verfügung stellen werde. (Beifall auf allen Seiten.) —

Die entsetzliche Ausbeutung, so bemerkt die Wiener „Arbeiter-Zeitung" zu diesem Vorkommnisse, die überall in Ungarn, im Banat wie im Alföld, heimisch ist, hat die Landarbeiter, so arm und ungebildet sie sind, wachgerüttelt. Sie beginnen sich zu organisiren. Diese Organisation wollen die Gutsbesitzer brechen. Sie wählen dazu den einfachsten Weg. Der ungebildete, vom Haß gegen den „Herrn" erfüllte ungarische Landarbeiter läßt sich, wenn man ihn durch Brutalitäten reizt, leicht zu Unüberlegtheiten hinreißen, und dann werden die Panduren auf die Arbeiter losgelassen, wird gehauen und geschossen, Militär requirirt und den nächsten Tag alles verhaftet, was irgend in dem Verdacht steht, sozialistischer Agitator zu sein. Das betreibt man systematisch, die ungarischen Gutsbesitzer haben die Politik der Provokation, des „Auf-die-Strecke-Bringens" und „Zerschmetterns" in die Praxis umgesetzt. Sie finden die Staatsgewalt stets bereit, ihnen dabei Hilfe zu leisten. Da spricht man von türkischen Greueln, armenischen Metzeleien. Im „christlichen", „freien" Ungarn werden aber täglich Arbeiter erschossen und eingekerkert durch die Büttel des Staates, der den Kapitalisten auf solche Art ersparen will, höhere Löhne zu zahlen!

Frankreich.

— Ueber das „Attentat" auf den Präsidenten Faure werden eine Masse Telegramme verbreitet, von denen wir nur folgende zur Charakteristik des lächerlichen Vorkommnisses verzeichnen.

Paris, 13. Juni, 4 Uhr nachm. Als der Präsident sich heute Nachmittag zu dem Rennen um den „Grand Prix de Paris" nach Longchamps begab, feuerte ein junger Mann in der Richtung auf den Präsidenten einen Revolverschuß ab, durch welchen niemand verletzt wurde. Es wurde sogleich ein Individuum verhaftet, bei welchem Waffen- und Bombenstücke gefunden wurden.

Paris, 13. Juni, 4 Uhr 55 Min. nachm. Aus den letzten Feststellungen ergiebt sich, daß auf den Präsidenten Faure nicht Revolverschüsse abgegeben wurden, sondern daß es sich um ein gußeisernes Rohr mit einer Pulverladung handelt, die im Augenblicke der Vorbeifahrt des Präsidenten explodirte. Durch die Explosion wurde niemand verletzt. Neben dem Rohre fand man eine Schmähschrift gegen den Präsidenten Faure, eine Pistole, einen Schlagring und ein kleines Dolchmesser, auf dem Todesdrohungen gegen Faure eingravirt sind. Man glaubt, daß es sich um das Werk eines Wahnsinnigen handelt. Ein Individuum, das sich im Augenblicke der Explosion flüchtete, konnte bisher nicht wieder aufgefunden werden. Der zuerst Festgenommene und von der Menge mit Lynchjustiz Bedrohte legitimirte sich alsbald als Geheimpolizist. Die Meldung, daß bei demselben Waffen und Bombenstücke gefunden worden seien, erweist sich als unbegründet.

Der Präsident wurde bei der Weiterfahrt von der Menge lebhaft begrüßt. Auch als der Präsident von Longchamps um 6 Uhr in den Elysee-Palast zurückkehrte, bereitete ihm die Menge, welche bereits Kenntniß von der Explosion hatte, sehr warme Kundgebungen.

Paris, 13. Juni, 9 Uhr 50 Minuten abends. Ein Individuum, welches bei der Menge in Verdacht stand, Urheber des Attentats zu sein und festgenommen wurde, heißt Gallet. Bei seinem Verhör durch den Polizei-Präfekten gab er fast keine Antwort. Auf dem Kolben der am Thatort gefundenen Pistole ist mit einem Grabstichel folgende Inschrift eingravirt: „Felix Faure ist verurtheilt. Elsaß-Lothringen. Köln." Gallet gab die Erklärung ab, er sei ohne Beruf und wohne Rue Zida in Levallois. Dort wird gegenwärtig eine Haussuchung vorgenommen. Man hält Gallet nicht für den Urheber des Attentats, man glaubt vielmehr, daß er ein Verrückter ist, der bei dem Vorüberkommen des Präsidenten durch Ausstoßen von Rufen die Aufmerksamkeit der Menge auf sich zog. Man vermuthet, daß der wirkliche Urheber in dem dichten Gebüsch verborgen blieb und entkommen konnte.

Paris, 14. Juni. Eine weitere Verhaftung ist nicht erfolgt. Die Nachforschungen nach dem Attentäter wurden die ganze Nacht und heute früh fortgesetzt. Polizei-Agenten stellen Nachforschungen in den Hotels und in den möblirten Zimmern an. — Der Minister des Innern wird für den bei dem Vorfall von der Volksmenge schwer verletzten Polizei-Agenten eine Medaille beantragen. Die Röhre war nach dem städtischen Laboratorium gebracht worden, wo sie von dem Direktor des Laboratoriums untersucht wurde, welcher feststellte, daß die Röhre nur Jagdpulver enthielt, irgend ein Geschoß wurde weder in der Röhre noch in der Umgegend des Ortes, an welchem das Attentat geschah, aufgefunden.

Paris, 14. Juni. Die meisten Blätter bezeichnen den gestrigen Anschlag auf den Präsidenten Faure als das Werk eines Geisteskranken oder als einen Gassenbubenstreich. Der Polizeipräfekt Lépine erklärte einem Interviewer, es scheine sich um eine Mystifikation zu handeln. Die Explosion konnte absolut keinen Schaden anrichten. Die Pistole und das Messer seien mit einer gewissen theatralischen Absichtlichkeit hingelegt worden. —

Paris, 13. Juni. (Eig. Bericht.) Die am vorigen Sonnabend durch den Fall Géraulf-Richard unterbrochene Berathung der Interpellation über den Streik von Grand' Combe wurde gestern zu Ende geführt (seit der Wintersession werden Interpellationen ausschließlich am Sonnabend verhandelt). An neuem brachte die Schlußdebatte die Widerlegung einiger weiterer Unwahrheiten, welche der Minister der öffentlichen Arbeiten im Auftrag der Grubengesellschaft vorgebracht hatte. Die gegenwärtige Situation im Streikgebiet wurde vom radikalen Abgeordneten des Gard-Departements, Doumergue, auf grund der Angaben des Vorsitzenden des Gewerkschafts-Vorstandes der Kohlengruben, wie folgt geschildert: Von 3200 Arbeitern stehen im Streik 1500 Arbeiter, welche die Grubengesellschaft als entlassen betrachtet. Der letzte Friedensversuch seitens der Ausständigen wurde vom Grubendirektor, wie bereits mitgetheilt, dahin beantwortet, daß er die Zahl der Ausgehungerten um 300 herabzusetzen geruhe. Trotzdem behauptete der Minister ganz unverfroren, daß die Arbeiter nur den Streik zu beenden brauchten, um sofort versorgt zu werden.... Die Debatte schloß mit dem von der Regierung genehmigten einfachen Uebergang zur Tagesordnung. Das heißt, die Regierung und ihre Ausbeutermehrheit interessiren sich für das Schicksal von mindestens 1000 Arbeiterfamilien nicht. Als ein erschwerender Umstand für dieses grausame Klassenvotum kommt hinzu, daß es sich um ein staatlich konzessionirtes Unternehmen handelt und daß die Grubenherren nicht nur ungestört die pensionsberechtigten Arbeiter haben berauben dürfen, sondern auch durch das direkte Eingreifen der Regierungen billigere Eisenbahn-Frachtsätze erlangt haben.

Nach Schluß der Sitzung fand unter Theilnahme mehrerer sozialistischer Abgeordneten, darunter Jaurès, Vaillant, Géraulf-Richard und Viviani, eine Protestversammlung in Tivoli-Vauxhall statt, in welcher über 3000 Arbeiter das Kammervotum brandmarkten und sich mit den Kohlengräbern von Grand' Combe solidarisch erklärten. —

Paris, 12. Juni. In der Deputirtenkammer wurde die Berathung über die Interpellation betr. die Entlassung zahlreicher Arbeiter in den Minen von Grand' Combe, welche am vorigen Sonnabend abgebrochen worden war, fortgesetzt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Turrel beendete seine in der Sitzung vom 5. d. M. begonnene Rede, indem er die Haltung der Gesellschaft rechtfertigte und den Arbeitern den Vorwurf machte, daß sie in einen Streik eingetreten seien, der einzig und allein für sie von Nachtheil sei. (Beifall.) Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die von der Regierung verlangte einfache Tagesordnung mit 306 gegen 195 Stimmen angenommen. Damit ist die Interpellation über die Arbeiterentlassung in Grand' Combe abgeschlossen.

Die Marinekommission genehmigte den Bericht de Mahy's, welcher entsprechend den Anträgen Lockroy's die Aufnahme eines außerordentlichen Kredits von 260 Millionen Franks befürwortet, von denen 20 Millionen für die Aufbesserung der Flotte, 40 Mill. für die Herstellung von Zufluchtshäfen und 200 Millionen für den Bau von Kreuzern mit Ausschluß von Panzerkreuzern verwandt werden sollen.

— Panama. Der Untersuchungsrichter Poittevin erklärte, daß die Panama-Untersuchung in den ersten Tagen des Juli beendigt sein und nur gegen acht Parlamentarier ein Strafverfahren eingeleitet werden solle. —

Belgien.

— Für die Reorganisation der Armee und die Abschaffung des Stellvertretungssystems fand gestern in Brüssel eine öffentliche Demonstration statt, von der telegraphisch sehr ausführlich berichtigt wird, weil der alte General Brialmont an der Spitze steht, dessen Ideal eine Armee ähnlich wie die preußisch-deutsche ist. Der König, an den eine Abordnung geschickt ward, sprach sich sehr freundlich aus — ist er doch seit Jahrzehnten für diese Reorganisation eingetreten. In unseren Genossen dürfte dieselbe aber ein starkes Hinderniß finden. Sie wollen auch die Abschaffung des abscheulichen Stellvertretungssystems, das dem Reichen erlaubt, sich frei zu kaufen und den Armen unbarmherzig dem Zufall des Looses überliefert, aber sie wollen auch nicht ein Heer nach preußisch-deutschem Muster, sondern ein Milizheer. Und sie haben dafür in den Massen solche Sympathien erweckt, daß ihre Stimme schwer ins Gewicht fällt.

Asien.

— Ueber die Katastrophe im nordöstlichen Indien immer noch keine näheren Nachrichten. Wir wissen nur, daß die Sache in England sehr ernst aufgefaßt wird. Bei dieser Gelegenheit sei ein Druckfehler in unserer letzten Nummer berichtigt. Nicht 40 sondern 60 — sechzig — Millionen Muhamedaner wohnen in Indien. Das ist eine Masse und eine Macht, die nicht vernachlässigt werden darf. —

Amerika.

Montevideo, 13. Juni. Hier erhält sich das Gerücht, daß die Aufständischen zwei Flußdampfer, welche den Regierungstruppen Verstärkungen zuführten, gekapert hätten. —

Sechster österreichischer sozialdemokratischer Parteitag in Wien.

Wien, den 12. Juni 1897.

Sechster Verhandlungstag.

In der gestrigen Abendsitzung wurde zunächst die Debatte über die Presse zu Ende geführt. Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Eingehenlassen der „Arbeiterinnen-Zeitung" abgelehnt. Es wurde beschlossen, sie in der bisherigen Weise fortbestehen zu lassen, sie also nicht der Volksbuchhandlung zu übergeben. Die neu begründeten Blätter, u. a. die Prager „Akademie", werden sämmtlich als Partei-Organe anerkannt. Die Fraktion wurde beauftragt, im Parlament für ein freiheitlich gestaltetes Preßgesetz zu wirken. Der Parteitag beschloß ferner, sobald im Reichsrath ein dahingehender Antrag eingebracht sein wird, im Lande eine energische Agitation dafür zu entfalten.

Außerdem wurde die Wahl der Parteivertretung vorgenommen. Dr. Berstl, der neulich schon gegen Dr. Adler heftig polemisirt hatte, sprach sich erregt gegen die Vorschlagsliste aus, in der er „neue Männer" vermißte. Er fragte unter deutlichem Hinweis auf Dr. Adler, ob fortgewurstelt werden solle. Der ganzen Polemik merkte man den Mißmuth an, den Redner darüber empfindet, daß er das Vertrauen der Parteigenossen nicht in dem Maße besitzt, um in die Parteivertretung gewählt zu werden. Die ganze Rede hatte denn auch nur den Erfolg, daß die Vorschlagsliste mit den „alten Männern" mit fast an Einstimmigkeit grenzender Majorität durchging. An der Abstimmung betheiligten sich nur die deutschen Delegirten, da es sich um die deutsche Parteivertretung handelte. Es wurden gewählt: Skaret (65 Stimmen), Dr. Adler (61), Dr. Ellenbogen (58), Schrammel (57), Schuhmeier (56), Popp (54), Rieger (50), Pernerstorffer (48).

Letzter Verhandlungstag.

Den Vorsitz führt heute Zeller-Reichenberg. Die Verhandlung beginnt mit dem Referat Schuhmeier's über „Konsumvereine und Produktivgenossenschaften". Schuhmeier führt aus, daß Konsumvereine und Produktivgenossenschaften nichts spezifisches Sozialdemokratisches sind. Im Programm steht darüber nichts. Die Freunde dieser Institutionen behaupten, daß dieselben dazu dienen können, gemaßregelte Genossen in Lohn und Brot zu bringen, Administrationskräfte zu gewinnen und der Partei eine Einnahmequelle zu schaffen. Aber diese Behauptungen entsprechen nicht ganz den Thatsachen. Derartige Genossenschaften sind nichts anderes als in den Händen der Genossen befindliche Kleinbetriebe. Ein Gewinn kann auch nur durch Ausbeutung der Bediensteten erzielt werden. Wir haben aber keine Ursache, das Kleingewerbe in ein Kleingewerbe von Parteiwegen umzuwandeln. Die Partei könne sich mit Produktivgenossenschaften nicht befassen, denn sie würde dann auch für einen schlechten Geschäftsgang verantwortlich gemacht werden, und das würde die Partei ungemein schädigen. In erhöhtem Maße gilt das auch für die Konsumvereine. Diese sind gewöhnliche Geschäfte und müssen die Geschäftsprinzipien, aber nicht die Prinzipien der Sozialdemokratie wahren. Die Partei-Interessen sind in den Konsumvereinen Nebensache. In einzelnen Orten floriren sie und nützen der Partei, in anderen haben sie durch ihr Zugrundegehen die Parteibewegung empfindlich geschädigt. Die Partei brauche deswegen die Konsumvereine nicht direkt unterdrücken, sie dürfe sich aber keinesfalls mit ihnen identifiziren. Er schlägt schließlich die folgende Resolution vor: „In Erwägung, daß die Wirthschaftsgenossenschaften nicht geeignet sind, die wirthschaftliche Lage des Proletariats zu heben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von derartigen Wirthschafts-Genossenschaften zu empfehlen. Mit Rücksicht auf die in einzelnen kleinen Städten, in denen sich die Mitglieder der Wirthschafts-Genossenschaften aus Lohnarbeitern rekrutirten, gemachten Erfahrungen überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Bezirke, nach genauer Prüfung der lokalen Verhältnisse sowie der verfügbaren Kräfte und Mittel zur Frage der Wirthschafts-Genossenschaften Stellung zu nehmen."

In der Debatte treten zahlreiche Anhänger der Wirthschafts-Genossenschaften auf, die die Schuhmeier'sche Resolution bekämpfen. Sie befürworten folgenden Vermittelungsantrag, der von der Bezirksorganisation III Wien gestellt ist und der lautet: „Der Parteitag beschließt: Die Art und die Stärke der Betheiligung sozialdemokratischer Arbeiter an Konsumgenossenschaften und Produktivassoziationen bleibt für jeden einzelnen Fall vollkommen dem Ermessen der lokalorganisirten Genossen des betreffenden Ortes überlassen."

Dr. Adler mahnt zur Vorsicht, er verweist auf den in der Partei herrschenden Mangel an tüchtigen Geschäftsleuten. Auch die Gefahr sei nicht zu unterschätzen, daß die Parteigenossen durch die Konsumvereine der politischen Agitation abwendig gemacht werden. Die Partei könne nur hemmend den Gründungen von Wirthschaftsgenossenschaften entgegentreten, in dem Sinne hemmend, wie in jedem Organismus das Gehirn hemmend wirkt. Wichtig sei es auch, daß die sozialdemokratischen Konsumvereine sich endlich von dem liberalen Verbande der Konsumvereine losmachen. Er empfiehlt folgenden Antrag zur Annahme: „Der Parteitag anerkennt, daß Wirthschaftsgenossenschaften unter ganz besonderen, genau zu erwägenden Umständen dem Proletariate nützlich sein können; er lehne es jedoch unter den heute vorwaltenden Verhältnissen ab, die Wirthschaftsgenossenschaften als ein Element der Partei-Organisation aufzunehmen; er empfiehlt den Genossen die allergrößte Vorsicht bei der Gründung von Konsumvereinen und insbesondere von Produktivgenossenschaften, welche letztere nur dann errichtet werden sollten, wenn durch große Konsumvereine ihr Absatzgebiet im vorhinein gesichert ist. Die Partei, weder als Ganzes noch irgend eine lokale Organisation kann jedoch in keiner Weise eine Verantwortung für die Gründung und Führung der Wirthschaftsgenossenschaften übernehmen; die wünschenswerthe und durchaus nöthige weitere Erörterung dieser Frage wird den Genossen überlassen, die sich für diese wichtige Sache näher interessiren."

Die Debatte wird hierauf geschlossen, es wird aber noch zwei Rednern, einem für und einem gegen, das Wort verstattet. Als Redner „gegen" verweist Neumann auf die schlechte Lage der Konsumvereins-Angestellten. Die Arbeitszeit betrage 10 bis 18 Stunden täglich, der Lohn 7 bis 10 Gulden wöchentlich. Die Leute müßten ganz beträchtliche Kenntnisse haben, trotz der langen Arbeitszeit, werde noch Agitationsthätigkeit von den Angestellten verlangt. Fehle aber einmal ein Betrag von 5 Gulden, so werde der „Lump" hinausgeworfen, weil er unterschlagen habe. Er bitte um Annahme

der Resolution Schuhmeier, den Antrag Adler bitte er abzulehnen. Adler habe seit langem die Gewohnheit, bei schwierigen Dingen immer so mitten durch zu schwimmen. (Heiterkeit.) Mit dieser Politik Adler's müsse einmal gebrochen werden, sie nutze der Partei nicht immer. Also, obwohl der Antrag sehr schlau formulirt sei, so daß er eigentlich nirgends anstößt, empfehle ich die Ablehnung.

Der Generalredner der Anhänger der Wirthschaftsgenossenschaften Chwalla tritt für die Resolution Adler ein.

Nach einem Schlußwort des Referenten wird die Resolution Schuhmeier mit knapper Majorität angenommen. Damit entfallen die übrigen Anträge. Weiter wird beschlossen, den nächsten deutschen Parteitag 1898 in Linz, den nächsten Gesammtparteitag 1899 in Brünn abzuhalten.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Popp-Wien hält das Schlußwort, in dem er besonders auf die glückliche Lösung der Nationalitätenfrage durch die Parteiorganisation hinweist und mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schließt.

Remec und Daszynski halten in czechischer und polnischer Sprache Schlußansprachen, in denen sie die Solidarität der gesammten österreichischen Sozialdemokratie feiern.

Die Delegirten singen stehend die Marseillaise. Der Parteitag ist geschlossen.

Internationaler Bergarbeiter-Kongreß.

Fünfter Verhandlungstag.

London, den 11. Juni 1897.

Den Vorsitz führt Callewaert-Belgien.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird folgende Resolution debattelos und einstimmig angenommen:

„Der internationale Bergarbeiter-Kongreß ist der Meinung, daß die Grubenbesitzer von Grande Combe die Pflicht haben, ihre entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, nachdem sich diese bereit erklärt haben, sich dem Schiedsrichterspruch der französischen Regierung zu fügen."

Zur Verhandlung gelangt der sechste Punkt der Tagesordnung: Die Grubeninspektion.

Möller-Weitmar begründet folgende Resolution: Der Kongreß wolle beschließen: Alle hier vertretenen Nationen haben unausgesetzt und eifrig dafür einzutreten, daß zur Inspektion der Gruben eine ausreichende Anzahl Kontrolleure angestellt werden, die von den Bergarbeitern aus ihren eigenen Reihen zu wählen und vom Staate zu bezahlen sind, damit nöthigenfalls jede Grube an jedem Tage von einem solchen Kontrolleur besichtigt wird. Diese Kontrolleure haben alljährlich einen Bericht über ihre Thätigkeit und ihre Erfahrungen zu veröffentlichen."

Cavrot (Belgien) theilt mit, daß es in Belgien zur Zeit noch keine Arbeiter als Grubeninspektoren gebe. Das Gesetz sei zwar bereits angenommen; es würden aber noch sechs Monate vergehen, bevor es zur Ausführung gelange.

Die deutsche Resolution wird hierauf vom Kongreß einstimmig angenommen.

Der siebente Punkt der Tagesordnung betrifft die ärztlichen Pflegestationen.

Maroille (Belgien) hebt hervor, daß es in Belgien so gut wie keine ärztliche Hilfe für die Grubenarbeiter in der Nähe der Gruben gebe, und fordert die Errichtung ärztlicher Pflegestationen in unmittelbarer Nähe der Gruben.

Diese Forderung wird vom Kongreß ohne weitere Debatte einstimmig angenommen und außerdem beschlossen, daß die Vertretung der Bergarbeiter in den einzelnen Ländern einen Bericht über die thatsächlichen Zustände in dieser Hinsicht vor dem nächsten Kongreß an das internationale Geschäftskomitee zur Veröffentlichung einzusenden habe.

Der folgende Gegenstand ist die Nationalisirung sämmtlicher Bergwerke.

Calvignac-Frankreich tritt warm für die Verstaatlichung der Bergwerke ein. Die Gruben dürfen nicht einzelnen Menschen sondern müssen der Nation gehören. Theoretisch sei durch das Gesetz von 1810 der französische Staat Eigenthümer aller Bergwerke. In der Praxis aber seien die Privatunternehmer, an die die Bergwerke verpachtet sind, die eigentlichen Herren. Sie bildeten einen Staat im Staate und wagten es, die Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung zu maßregeln. Wäre der Staat der thatsächliche Eigenthümer der Bergwerke, dann könnten die Bergarbeiter mit Hilfe der öffentlichen Meinung und der Gesetzgebung viel leichter ihre Lage verbessern, als jetzt. Die deutschen Delegirten theilten diesen Standpunkt nicht; sie wiesen auf die schlechte Lage der Staatsarbeiter hin. In Frankreich lägen die Dinge aber nicht so. Zudem sei die Verstaatlichung der Bergwerke die beste Uebergangsform zu ihrer Sozialisirung.

Möller-Weitmar: Die Behandlung der Bergarbeiter in den staatlichen Bergwerken ist härter, als in denen der Privatindustrie. Wird der kapitalistische Staat Eigenthümer aller Bergwerke, so ist er im Falle eines Konflikts mit den Bergarbeitern selber Partei, während er jetzt bei einem Streik in den Privat-Bergwerken sich wenigstens indifferent verhalten kann. Wir sind deshalb nach wie vor gegen die Verstaatlichung der Bergwerke für Deutschland. Auch der Hinweis auf die Uebergangsform ist nicht beweisend. Die Bergwerke brauchen nicht erst im kapitalistischen Staatsbetrieb zu kommen, um sozialisirt zu werden.

Smellie-Schottland: Wir müssen unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Lage der Arbeiter möglichst zu verbessern suchen, an endgiltige Lösungen ist noch nicht zu denken. Jetzt werden die Gruben weder zum Nutzen des Staates noch zu gunsten der Arbeiter sondern nur im Hinblick auf den Profit der Privatunternehmer betrieben. Die Konkurrenz unter den verschiedenen Minenbesitzern trägt dazu bei, daß die Lage der Bergarbeiter so schlecht ist. Auf diese Konkurrenz ist auch die furchtbare Zahl der Unfälle in England zurückzuführen. Im letzten Jahre hatten wir 1042 Todte und 96 000 Unfälle. Nach den Reden der Delegirten aus Durham könnte es so scheinen, als wenn die Bergwerksbesitzer überhaupt keine Profite mehr machten. Ein schottisches Bergwerk hat im letzten Jahre zwar keine Dividende vertheilt, in den vorhergehenden sechs Jahren aber 64 pCt. ausgeschüttet. Im letzten Jahre erhielt der Direktor der Gesellschaft 30 000 Pfund (600 000 M.) Gehalt und Tantième, während die Minenarbeiter fast verhungerten. Das schlimmste ist, daß die schottischen Grubenarbeiter in Häusern, die den Grubenbesitzern gehören, wohnen müssen. Wie ein Schwert schwebt beständig die Drohung über ihren Häuptern, aus den Häusern geworfen zu werden. Gehörten die Bergwerke einem demokratischen Staate, wie es England ist, dann wäre eine solche Versklavung der Arbeiter unmöglich. In England ist die Lage der Staatsarbeiter bedeutend günstiger, als die der Arbeiter in der Privatindustrie. Ich bin überzeugter Sozialist und stimme für die Nationalisirung der Bergwerke. Das ist keine endgiltige Lösung, aber ebenso wie die gewerkschaftliche Organisation eine Waffe im Emanzipationskampfe, ein Mittel zum Fortschritt.

Parott (Yorkshire): Ich habe die größte Achtung vor der sozialistischen Ueberzeugung des Vorredners, muß aber darauf aufmerksam machen, daß er persönlich und nicht im Namen der Miners Federation gesprochen hat.

Young (Durham): Hat denn die Miners Federation ihre Ansichten geändert? Früher war sie doch für die Verstaatlichung der Bergwerke.

Pickardt (Miners Federation) weist diese Frage zurück. Young möge die Abstimmung abwarten.

Folgende Resolution liegt vor: „Der Kongreß fordert die Verstaatlichung der Bergwerke",

Sachse-Zwickau erklärt im Namen der deutschen Delegirten, daß sie sich der Abstimmung enthalten würden. Hätten wir in Deutschland Verhältnisse wie in England, wo das Volk wirklichen Einfluß auf den Staat ausübt, so würden wir für die Resolution stimmen.

Die Resolution wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Von den englischen Delegirten stimmen nur die der National Union dagegen.

Cowey (Miners Federation) wundert sich, daß Wilson (Durham) gegen die Resolution gestimmt habe. Wilson sei einst sein Lehrer gewesen und habe ihn davon überzeugt, daß die Nationalisirung des Bodens nothwendig sei.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die Berg-Gewerbegerichte.

Die französische Delegation beantragt ihre Errichtung in allen Ländern, die sie, wie Frankreich, noch nicht haben.

Möller erklärt, daß Berg-Gewerbegerichte in Preußen, das neun Zehntel aller Gruben habe, und in Sachsen bereits beständen.

Die französische Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Die Beantwortung einer Reihe von statistischen Fragen, die sich auf die Zahl der Bergarbeiter unter Tage, auf die Sterblichkeit der Bergarbeiter in den letzten zehn Jahren und auf das Alter der Gestorbenen beziehen, wird auf den nächsten Kongreß verschoben, wo schriftlicher Bericht darüber erstattet werden soll.

Das internationale Geschäftskomitee wird hierauf einstimmig wiedergewählt. Es besteht aus Pickardt, Burn und Ashton für England; Möller und Sachsse für Deutschland; Lamendin und Calvignac für Frankreich; Cavrot und Callewaert für Belgien. Generalsekretär ist Pickard; Burt, Schatzmeister.

Als Ort des nächsten Kongresses wird Wien bestimmt. Die österreichischen Bergarbeiter hatten den Kongreß dorthin eingeladen. Den Zeitpunkt der Tagung wird das internationale Komitee bestimmen.

Auf Antrag des englischen Delegirten Harwey spricht der Kongreß den deutschen Bergarbeitern Schröder und Meyer, die im Zuchthause schmachten, seine Sympathie aus; die Resolution soll den Familien der Verurtheilten übermittelt werden. Die Resolution wird einstimmig angenommen. (Stürmischer Beifall).

Den Leitern des Kongresses und den Uebersetzern wird für ihre Arbeit gedankt und der Kongreß dann mit einem Hoch auf die internationale Solidarität der Arbeiter geschlossen.

Partei-Nachrichten.

In Londoner Sozialistenkreisen hat ein Vorkommniß, das sich auf die Vorbereitungen zur Jubiläumsfeier der Königin Victoria bezieht, ziemliche Erregung hervorgerufen. Unser Londoner Korrespondent schreibt uns darüber:

Der Vorstand des Vereins der Fabianer hat in einer seiner letzten Sitzungen mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, zu den Kosten der Dekorirung des „Strand", einer der Straßen, durch welche der Festzug zieht, einen Beitrag zuzustenern. Der Verein hat nämlich dort sein Bureau und hat die Fenster zu einem angemessenen Preise an eine Gesellschaft verpachtet, die sie an Schaulustige weiter vermiethet. Als nun der Bezirksverein des „Strand" an die Hausbesitzer und Anwohner ein Rundschreiben richtete, worin er um Beiträge für Ausschmückung der Straße ersuchte, glaubte die Mehrheit der Vorstandsmitglieder des Fabianervereins es durch die Umstände gerechtfertigt, einen mäßigen Beitrag nicht zu versagen. Habe man die Vortheile der Sache mitgenommen, so würde es kleinlich und schmutzig erscheinen, sich von den Kosten zurückzuhalten. Auch sei die Feier insofern anzuerkennen, als sie einen nationalen Charakter trage (d. h. über die persönliche Huldigung der Königin hinausgehe). Dies die Motivirung des Beschlusses seitens der Mehrheit. Die Minderheit dagegen erklärte, die Feier gelte vor allem dem Militarismus und Imperialismus, zwei Dinge, welche Sozialisten und Demokraten entschieden zu bekämpfen hätten, und daß der Verein seine Fenster verpachtet habe, sei kein genügender Grund für einen Schritt, der in den Augen der Sozialisten anderer Länder als eine Billigung des militaristischen Charakters des Jubiläumsfestes erscheinen müßte. Noch schärfer wurde die Sache natürlich von Mitgliedern derjenigen sozialistischen Organisationen beurtheilt, die mit den Fabianern auf gespanntem Fuße leben. In der letzten Sitzung des Vereins ist er nun vor den Mitgliedern selbst verhandelt, und nach längerer Debatte mit zwei Drittel-Mehrheit eine von W. Anderson gestellte Resolution angenommen worden, die den Vorstand auffordert, seinen Beschluß zu annulliren. Die Mitglieder der Vorstands-Mehrheit hatten vorher die Erklärung abgegeben, daß sie die Entscheidung des Vereins, wie sie auch ausfalle, akzeptiren würden, aber nicht davon überzeugt seien, daß die Sache tadelnswerth und den großen Lärm rechtfertige, den man davon gemacht habe.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Der Parteigenosse Vogenitz in Altenburg, Redakteur des „Wählers", hat Ende voriger Woche die Gefängnißstrafe verbüßt, die ihm wegen Preßvergehen auferlegt war.

— Das „Norddeutsche Volksblatt" in Bant hatte die Armenkommission von Neuende und besonders ihren Vorsitzenden der Hartherzigkeit geziehen. Wegen Beleidigung wurde deshalb der Redakteur Genosse Paul Hug vom Landgericht in Oldenburg zu 300 M. und zu den üblichen Nebenstrafen verurtheilt. Der Antrag des Staatsanwalts hatte auf 8 Monate Gefängniß gelautet.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Erhöhung der Preise für Barbieren, Haarschneiden und Frisiren, die von den deutschen Innungen dieses Erwerbszweiges vorgenommen wurde, hat bis jetzt nur in geringem Maße eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Gehilfen zur Folge gehabt. Die Arbeiterpresse befürwortete die Preiserhöhung bekanntlich unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß mit ihr auch eine Aufbesserung des Looses der Gehilfen verbunden werde. Die Barbier-Innungen der verschiedenen Städte haben sich zwar die Assistenz der Arbeiterpresse mit Behagen gefallen lassen und sich zum theil auf sie berufen, um das Publikum für die Preiserhöhung zu gewinnen, nun es sich aber darum handelt, die Arbeitsbedingungen der Gehilfen zu verbessern, zeigen sich die Innungen mehr oder weniger widerhaarig. Die „Barbier- und Friseur-Zeitung" in Hamburg, das Organ der Gehilfen, führt über das Verhalten der Prinzipale zu den Gehilfenforderungen lebhaft Klage.

Es zeigt sich hieran wieder, daß der Arbeiter vom Unternehmerthum nur dann Verbesserung seiner Lage zu erwarten hat, wenn hinter ihm eine starke Organisation steht. Der Verband der Barbier- und Friseurgehilfen Deutschlands ist schwach an Mitgliedern. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist gewiß geeignet, um eine erfolgreiche Agitation für den Anschluß der unorganisirten Barbier- und Friseurgehilfen an den Verband zu unternehmen. Dazu gehören aber finanzielle und agitatorische Hilfsmittel, die der Verband in ausreichendem Maße nicht hat. Es bedarf also der Mitwirkung der übrigen Gewerkschaften, wenn den Proletariern des Barbier- und Friseurgewerbes geholfen werden soll. Die örtlichen Gewerkschaftskartelle werden durch eine systematische Agitation nach dieser Richtung hin die Organisation der Barbier- und Friseurgehilfen gewiß um ein bedeutendes stärken können.

Der Verband der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands hat durch Urabstimmung mit Dreiviertel-Majorität die Erhöhung des Beitrages von wöchentlich 15 Pf. auf monatlich 80 Pf. beschlossen.

In Breslau ist der Lohnkampf der Tischler der Erlenmöbelbranche als beendet anzusehen, da die größten Werkstätten die geforderten Akkordlöhne bewilligt haben. Der Streik der Kupferschmiede dagegen dauert fort. Die Meister waren auf Freitag zu einer nochmaligen Besprechung mit den Gesellen eingeladen, erschienen aber nicht.

Siegreich in der Abwehr sind die Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Weberei von Weyl u. Nassau in Reichenbach in Schlesien gewesen. Die Firma hat am Sonnabend Abend den Ausständigen erklärt, daß die Lohnreduktionen zurückgenommen sind. Der Einigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist es zu danken, daß der Streik nach nur viertägiger Dauer mit einem vollen Erfolge endete.

Der Geschäftsführer der Kräft'schen Fabrik in Wolgast, der während des Tischlerstreiks durch Selbstmord endete, hatte die Lohnlisten gefälscht.

Der Verein Bielefelder Fabrikanten beschloß, die vereinigten Maurer- und Zimmermeister Bielefelds und Gadderbaums, deren Arbeiter im Streik stehen, thatkräftig und nachhaltig zu unterstützen. Das ist ein weiteres Zeichen dafür, daß die Lohnkämpfe mehr und mehr den Charakter von Klassenkämpfen annehmen.

Aus Bremen wird uns telegraphirt: Die Nachricht der „Weser-Zeitung", der Streik in der Jutespinnerei und Weberei Bremen sei beendet, ist unwahr. Es sind Verhandlungen angeknüpft, aber noch nicht abgeschlossen.

In Hannover ist, wie der „Volkswille" mittheilt, neben dem Tischlerstreik nun auch der Streik der Zimmerer für beendet erklärt.

In Magdeburg-Sudenburg wurde von den Arbeitern der Firma K. Wehmer verlangt, sie sollten in ihren Wohnungen arbeiten, was die Arbeiter ablehnten. Zwei derselben hörten sofort auf, den übrigen wurde gekündigt. Die Zumuthung, daheim zu arbeiten, wird von den Arbeitern als Verletzung des im Frühjahr errungenen Lohntarifs betrachtet. In unserer Quelle ist leider nicht angegeben, welchem Gewerbe die Firma Wehmer angehört. Vermuthlich handelt es sich um ein Schneidergeschäft.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Nach den letzten Feststellungen streiken hier 134 Tischler. Davon sind 44 verheirathet. In 84 Geschäften sind die Forderungen resp. der Tarif bewilligt. In einer ganzen Reihe von Werkstätten schweben die Unterhandlungen. Mehrere Unternehmer suchen in bürgerlichen Blättern Arbeitskräfte. Deshalb Vorsicht!

Der Jahresbericht der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts ist, wie die „Schwäbische Tagwacht" mittheilt, im Druck erschienen.

In München stehen die Zinngießer in Differenzen mit den Unternehmern. Sie ersuchen deshalb die Fachgenossen um Fernhaltung des Zuzugs.

Aus Lahr in Baden wird berichtet: Für zahlreiche italienische Arbeiter, welche bei den Planirungsarbeiten unserer Kaserne beschäftigt waren, hatten die Unternehmer bei Wirthen und Viktualienhändlern gutgesprochen und wollten die bei diesen geschuldeten Beträge am Lohne abziehen. Dies ließen sich die Arbeiter nicht gefallen und wurden daraufhin entlassen, zumal auch sonst die beiderseitig gehegten Erwartungen nicht erfüllt wurden. Die Angelegenheit wird nun das Gewerbegericht beschäftigen.

Ausland.

Die Konferenz der Steinnußknopfarbeiter, die auf Pfingsten nach Bodenbach in Böhmen einberufen war, beschloß die Einsetzung eines aus Knopfarbeitern des In- und Auslandes bestehenden Komitees, das die Vorarbeiten zu besorgen hat, die zur besseren Wahrung der gemeinsamen Interessen nöthig sind. Die Delegirten, unter denen sich auch solche aus Gößnitz und Schmölln befanden, vertraten 4300 Steinnußknopfarbeiter.

Der Fachverein der Tischler in Basel hatte über die Werkstatt des Tischlermeisters Schleit daselbst die Sperre verhängt. Im Basler „Vorwärts" war dies mitgetheilt und eine Schilderung der Arbeitsverhältnisse dieser Werkstatt gegeben worden. Der Tischlermeister strengte hierauf gegen die Vorstandsmitglieder des Fachvereins und gegen den Redakteur des „Vorwärts", Genossen Arnold, Klage wegen Ehrbeleidigung und Kreditschädigung an, hatte jedoch damit kein Glück. Das Strafgericht erkannte auf Freisprechung der Verklagten, weil sie die Richtigkeit ihrer Veröffentlichung zu erweisen vermochten. Der Tischlermeister hat sämmtliche Kosten und 30 Franken Urtheilsgebühr zu bezahlen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Köln, 14. Juni. (W. T. B.) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Aachen: Der Schaden bei dem Brande der Tuchfabriken beträgt ungefähr 2 Millionen Mark. Die Ursache war vermuthlich Selbstentzündung von Wolle in einem Wollager der Firma Schneider u. Finger, wo das Feuer ausbrach. Etwa 600 Arbeiter sind brotlos.

Zwickau i. S., 14. Juni. (W. T. B.) Der Schaderschacht in Ober-Hohendorf steht in Flammen. Der Brand ist dadurch entstanden, daß der Luftkompressionskessel explodirte. Das Maschinenhaus und die sogen. Kohlenwäsche sind verloren. Infolge Wassermangels befürchtet man die Ausdehnung des Feuers auf den Schacht selbst. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind acht Arbeiter verwundet, davon einige schwer. Es heißt, ein Mädchen, das in der Kohlenwäsche beschäftigt war, sei verbrannt.

Wien, 14. Juni. (W. H.) Der 32jährige, aus Berlin hier angekommene Kommis Paul Frank hat heute früh im Prater einen Selbstmordversuch begangen. Er nahm Morphium und wurde in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus geschafft.

Wien, 14. Juni. (W. T. B.) Charlotte Wolter ist gestern Abend 9 Uhr gestorben.

Linz, 14. Juni. (W. H.) Die gesammten Tischlergehilfen von Linz und Urfahr sind wegen Lohndifferenzen in den Ausstand eingetreten.

Budapest, 12 Juni. (W. T. B.) Der Ministerpräsident Baron Banffy und der Finanzminister Lukacs reisen heute nach Wien, wo morgen ein gemeinsamer Ministerrath stattfindet, behufs Feststellung der Vorlagen für die nächsten Delegationen.

Paris, 14. Juni. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer nahm den Artikel 1 des Gesetzes betreffend die Bank von Frankreich an, nach welchem das Privileg der Bank bis zum Jahre 1920 verlängert wird. Bei der Berathung des Artikels 2 der Bank brachte Rouanet (Sozialist) einen Antrag ein, welcher von der Mitgliedschaft des Verwaltungsrathes der Bank von Frankreich alle Personen ausschließt, welche unbesoldete oder besoldete Stellungen für eine auswärtige Regierung bekleiden. Rouanet berief sich dabei auf einen den österreichisch-ungarischen Generalkonsul in Paris betreffenden Fall. Der Antrag wurde dem Verlangen des Finanzministers Cochery entsprechend abgelehnt und zwar mit 301 gegen 202 Stimmen.

Lyon, 14. Juni. (W. H.) Gestern Abend kam ein sozialistischer Abgeordneter hierher, um den streikenden Maurern einen Vortrag zu halten. Auf dem Bahnhofe, woselbst die Ausständigen zum Empfang des Führers erschienen waren, entstand eine blutige Schlägerei, als die Polizei eine von den Streikenden mitgeführte rothe Fahne beschlagnahmen wollte. Es kam sowohl auf Seiten der Polizeibeamten wie der Streikenden zu vielen nicht unerheblichen Verwundungen. Erst nachdem eine Verstärkung der Polizeimannschaften auf dem Platze erschienen war, gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Es wurden vierzehn Verhaftungen vorgenommen.

London, 14. Juni. (W. H.) Die Aeußerungen des österreichisch-ungarischen Botschafters in einer Audienz beim Sultan haben auf den letzteren großen Eindruck gemacht. Freiherr v. Calice erklärte nämlich dem Sultan auf das energischste, daß das Prinzip der Integrität der Türkei auch die Integrität der Nachbarstaaten bedinge, und daß dieses Prinzip die Basis des europäischen Konzerts bilde. Es wäre daher nutzlos, über die anderen Fragen zu verhandeln, so lange die Frage Thessaliens nicht im Sinne der Großmächte erledigt sei.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Aus einem preußischen Zuchthause.

Die bekannte Anarchistin Frau Schneidermeister Agnes Reinhold geb. Schlapsky stand gestern zusammen mit dem Redakteur des „Sozialist", Gustav Friedrich, vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I., um sich wegen Beleidigung der Beamten der Strafanstalt zu Delitzsch zu verantworten. Frau Reinhold ist seinerzeit wegen Aufforderung zu hochverrätherischen Unternehmungen, Majestätsbeleidigung und Vergehens gegen die öffentliche Ordnung zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Sie hat die Strafe im vorigen Jahre in der Strafanstalt zu Delitzsch verbüßt. Bei ihrer Freilassung hatten die Proletarier aller Länder der muthigen Frau eine Summe überwiesen, die zu ihrer Unterstützung gesammelt worden war. Sie dankte dafür in einem mit „Wenige Worte" überschriebenen Artikel des „Sozialist" vom August 1896. Der Artikel erhob gleichzeitig schwere Anschuldigungen gegen die Beamten der Strafanstalt, denen eine unerhörte Behandlung der Strafgefangenen zum Vorwurfe gemacht wurde. Es wurde den Arbeitern gesagt, daß sie das, was hinter Kerkermauern begraben liege, zu hören bekommen sollten und es wurde dann ausgeführt, daß „diese preußischen Beamten ihre Nebenmenschen kraft der ihnen gesetzlich zustehenden Macht noch . . . . . behandeln". Auf grund dieses Artikels wurde sowohl gegen Frau Reinhold als auch gegen den Redakteur Friedrich die Anklage erhoben. Der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Bieber trat einen umfangreichen Beweis der Wahrheit an und es ist eine große Anzahl ehemaliger weiblicher Insassen der Strafanstalt — Mörderinnen, Kupplerinnen, Meineidige, Hehlerinnen 2c. —, daneben aber auch Wärterinnen und andere Bedienstete vernommen worden. Die Angeklagte hatte in ihren Beweisanträgen eine Reihe krasser Behauptungen aufgestellt. Es sei mit der größten Unbarmherzigkeit gegen kranke Gefangene vorgegangen worden. Eine schwer lungenkranke Person, die man als Simulantin ansah, habe noch an ihrem Todestage kurz vor ihrem Ableben den Strohsack auf den Hof tragen müssen; eine andere schwerkranke Person habe bei der Verpflegungsklasse Nr. 4 gewissermaßen den Hungertod erlitten; das dargereichte Brot sei meist verschimmelt, in den Arbeitsräumen sei es meist so kalt gewesen, daß man nicht arbeiten konnte; eines Tages habe sich in der Anstalt das Gerücht verbreitet, Geh. Rath Krohne komme, und da sei plötzlich die Verpflegung und Behandlung eine wesentlich bessere geworden; ein Transporteur habe verschiedene Male Gefangene auf dem Transport vergewaltigt, Beschwerden darüber aber seien nicht angenommen worden 2c. Weiter trat die Angeklagte einen umfangreichen Beweis dafür an, daß sie sowohl von dem Oberinspektor v. Unruh als auch von weiblichen Aufsehern durch grobe Schimpfworte wiederholt schwer beleidigt und bei Beschwerden ihrerseits mit Isolirzelle bestraft worden sei. Speziell von Herrn v. Unruh behauptete sie, daß, als sie sich von der Theilnahme am Gottesdienst dispensiren ließ, der Ober-Inspektor zu ihr gesagt habe: „Zwingen kann ich Dich nicht, aber Dein Leben will ich Dir schwer machen!" Bei ihrer Entlassung habe Herr v. Unruh angeblich gesagt: „Schreibe nun Brandartikel so viel Du willst und mache, was Du willst, aber rühre mich nicht an; die Regierung steht mir zur Seite und ich hänge Dir einen Prozeß an, daß Du genug haben sollst!" Ueber alle diese Behauptungen sind, wie gesagt, zahlreiche Zeugen vernommen worden, die beinahe sämmtlich Belastendes gegen die Verwaltung nicht ausgesagt. Fast sämmtliche haben weder über Kost, noch über die Behandlung, noch über Unsauberkeit in der Leib- und Bettwäsche zu klagen gehabt, auch über die der Angeklagten zugefügten Schimpfworte wollten die meisten nichts aussagen können! Staatsanwalt Richter hielt daher den Wahrheitsbeweis für „glänzend" mißlungen. Die wenigen Zeuginnen, die kleine Beschwerden vorgebracht, sind nach seiner Ansicht unglaubwürdig. Es sei bewiesen, daß die Kranken „vorschriftsmäßig" im Lazareth behandelt worden seien, es sei unwahr, daß die Gefangenen „übermäßig" über Kälte zu klagen hatten und die Thatsache, daß das Brot hier und da schimmelig gewesen, **begründe noch keinen Vorwurf.** Wenn sich ein Gefangenen-Aufseher gegen Transportatinnen vergangen haben sollte, so sei das eine Sache, die **außerhalb** der Strafanstalts-Verwaltung liege. Der Artikel sei schwer beleidigend. Die Angeklagte habe sich selbst außerhalb unserer Gesetze gestellt, der Zweck des Artikels sei, die Anstalts-Verwaltung in den Augen der Genossen herabzuwürdigen und deshalb sei der Antrag gerechtfertigt, die Angeklagte Reinhold zu 8 Monaten, den Angeklagten Friedrich zu 2 Monaten Gefängniß zu verurtheilen. — Rechtsanwalt Dr. Bieber gab zu, daß der Wahrheitsbeweis zum theil mißglückt sei, behauptete aber, daß manche Ungehörigkeiten in der Anstalt doch erwiesen worden seien. Eine der Zeuginnen, die auch für die Verwaltung im allgemeinen günstig ausgesagt, habe doch bekundet, **daß es „fast einen ganzen Sommer hindurch" verschimmeltes Brot gegeben habe.** Eine andere habe ausgesagt, daß Gefangene trotz Krankheit zum Arbeiten angehalten worden seien, **eine Kranke sei noch kurz vor ihrem Tode mit einem Schlüsselbunde geschlagen worden und in ihrer Zelle gestorben.** Eine dritte Zeugin habe bekundet, **daß ihr die Füße in der Zelle erfroren seien,** eine vierte habe gehört, wie Herr v. Unruh zu der kranken Angeklagten gesagt habe: **„Ich habe kein Mitleid mit Dir und wenn Du kaput gehst."** Der Vertheidiger verwies ferner darauf, daß drei Zeuginnen behauptet haben, von dem Aufseher Wenzel auf Transporten vergewaltigt worden zu sein. Eine habe in der Anstalt einem Kinde das Leben geschenkt und den Aufseher Wenzel als Vater bezeichnet, eine andere habe nach ihrer Rückkehr in die Anstalt Beschwerde über den Aufseher geführt, **man habe ihr aber nicht geglaubt, ihr vielmehr sieben Tage Arrest aufgelegt.** Der Vertheidiger meinte, daß man diesen Angaben doch folgen müsse, anderfalls würde die Vorladung dieser Zeuginnen, des Oberinspektors v. Unruh und des Aufsehers Wenzel nothwendig sein. Das alles aber seien doch Vorgänge, die in einer ordentlichen Anstalt nicht vorkommen dürften, jedenfalls könne man der Angeklagten den Schutz des § 193 nicht absprechen. — Die Angeklagte selbst behauptete, daß ihre Angaben der Wahrheit entsprächen. Sie habe auch den Versuch gemacht, die angeblichen Mißstände in der Strafanstalt dem Geh.-Rath Krohne zu unterbreiten, dieser habe sie an den Regierungspräsidenten von Merseburg verwiesen, inzwischen aber sei schon der Strafantrag gegen sie gestellt worden. — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Wahrheitsbeweis mißglückt und der Angeklagten Reinhold der Schutz des § 193 nicht zuzubilligen sei. Das Urtheil lautete gegen Frau Reinhold auf sechs Wochen, gegen Friedrich auf eine Zusatzstrafe von zwei Wochen Gefängniß.

Lokales.

Zur Lokalliste. Die Mitglieder der Lokalkommission für Berlin und Umgegend werden aufgefordert, bis spätestens Mittwoch, den 16. Juni, alle Aenderungen der Lokalliste ihrer Orte an Unterzeichneten einzusenden. Spätere Zusendungen können nicht berücksichtigt werden. Die Lokalkommission. J. A.: Oskar Mahle, Berlin, Prinzenstr. 8. Die Arbeiterpresse der Provinz Brandenburg wird um Abdruck gebeten.

Armendirektion und militärische Uebungen. Die Unterstützung, welche den Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften der Reserve und der Landwehr nach dem Reichsgesetz vom 10. Mai 1892 zu zahlen ist, reicht zur Ausgleichung der durch die Einberufung zur Ferienkolonie diesen Familien zugefügten wirthschaftlichen Schäden bei weitem nicht aus. Sie beträgt für die Ehefrau nur 30 pCt., für jedes Kind 10 pCt., höchstens aber 60 pCt. des ortsüblichen Tagelohns, d. i., da der ortsübliche Tagelohn für Berlin 2,70 M. beträgt: 81 bis 162 Pfennige. Häufig verlieren die Einberufenen ihre Stellung und werden auf Wochen hinaus arbeitslos. Die Lage der Familien ist insbesondere in den Fällen, wo für die Familie infolge von Schwangerschaft oder von Krankheiten erhöhte Anforderungen nöthig werden, so trostlos, daß die städtische Armenpflege helfend eingreifen muß. Als Folge der Einberufung zu einer der schwersten Staatspflichten ist dadurch die politische Entrechtung der Reservisten und Landwehrleute nicht selten eingetreten. Diese Fälle werden dadurch, daß über Reklamationen zur Heranziehung von Uebungen nicht die Stadt, sondern die Militärbehörde entscheidet, naturgemäß in ihrer Anzahl nicht verringert. In ihrer gestrigen Plenarsitzung beschäftigte sich die Armendirektion mit dieser beschämenden Folge der Einberufung zu militärischen Dienstleistungen. Genosse Stadthagen beantragte, beim Magistrat anzuregen, daß Mittel in den städtischen Etat eingestellt werden, um Fürsorge dafür zu treffen, daß außer den von Reichs wegen den Familienangehörigen der zu Friedensübungen Einberufenen zu zahlenden Unterstützungen auf deren Antrag Unterstützungen zu zahlen sind, die nicht als Armenunterstützungen gelten dürfen, die vielmehr verhindern sollen, daß Armenpflege eintritt. Aus der Mitte der Kommission wurde die Thatsache bestätigt, daß wiederholt infolge von Militärübungen die politische Entrechtung der Vaterlandsvertheidiger hat eintreten müssen und dem Antrage lebhafte Sympathie entgegengebracht. Der Antrag Stadthagen wurde schließlich einstimmig angenommen. Wir können nur wünschen, daß der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung dieser Anregung, die die kommunalen Pflichten der Stadt in sozialpolitischer Hinsicht dankenswerth erweitert und den Fehler des Reichsgesetzes in etwas korrigirt, ebenso einhellig beitritt. Noch nothwendiger wäre solche kommunale Fürsorge allerdings in den ostelbischen Junkergebieten, wo der ortsübliche Tagelohn gar nur 85 Pf. bis 1. M. 50 Pf. beträgt und wo die Unterstützung auf grund des Reichsgesetzes gar nur 25 bis 90 Pfennige beträgt. Der „Patriotismus" der Junker, deren Geldsack dann um ein Paar Pfennige erleichtert würde, läßt dergleichen natürlich nicht zu. Hatte doch die Reichsregierung gar nur 20 Pf. für die Sommermonate und 30 Pf. für die Wintermonate bewilligen wollen und ist es doch erst dem energischen Drängen der vaterlandslosen Sozialdemokraten zu danken, daß das Reich überhaupt Entschädigungen für die Familie zahlt, deren Ernährer zu Uebungen in der Ferienkolonie einberufen ist.

Aerztliche Untersuchung von Gemeindeschulkindern. Die Schuldeputation hat eine Aerztekommission ermächtigt, an mehreren Gemeindeschulen Kinder auf ihren körperlichen und geistigen Zustand hin zu untersuchen, jedoch nur solche Kinder, die bereits zwei Jahre oder noch länger in der 6., 5. oder 4. Klasse sitzen oder gesessen haben. Gleichzeitig werden die zu untersuchenden Kinder durch ihre Lehrer charakterisirt, wobei unter anderem über Schulversäumnisse und Nebenbeschäftigung der Kinder, über ihre Fähigkeiten, Neigungen und Eigenthümlichkeiten, sowie über etwaige Abnormitäten der Sinnesorgane zu berichten ist. Die Untersuchung hat bereits an einigen Schulen stattgefunden, zum Beispiel an der 21. (Knaben-) Schule, Hinter der Garnisonkirche, und an der 158. (Mädchen-) Schule, in der Mühlenstraße. Die von den Arbeitervertretern in der Stadtverordneten-Versammlung aufgestellte Forderung einer periodisch wiederkehrenden ärztlichen Untersuchung und fortgesetzten gesundheitlichen Ueberwachung aller Gemeindeschul-Kinder ist damit keineswegs abgethan. Die jetzt stattfindenden Untersuchungen stehen auch weniger in Zusammenhang mit jener Forderung, als mit den Erörterungen über die Frage, wie die schwachbegabten und geistig abnormen Schulkinder zu behandeln sind.

Der Fluch der Armuth. In der Nähe der 51. Gemeindeschule in der Niederwallstraße hielt der Speise-Eishändler Trunsch und bot seine verlockende Waare aus. Eine Anzahl Schulknaben umstanden den Wagen und beneideten einen Glücklichen, der sein Vermögen von 5 Pf. in Eis anzulegen vermocht hatte. Plötzlich stob die Schaar auseinander mit dem Schreckensrufe: „Der Rektor kommt". Nur der eine, welcher sein Eis nicht im Stich lassen wollte, blieb zurück. „Habe ich nicht verboten, Eis zu essen?" herrschte der Rektor den armen Scheim an. „Na, komme Du nur morgen in die Schule, da wirst Du Deine Strafe erhalten". Nun legte sich der Handelsmann ins Mittel und setzte dem Schulgewaltigen auseinander, daß das Eisessen der Gesundheit der Kinder durchaus nicht nachtheilig sei. Er bereite selber das Fruchteis und verwende nur die besten Ingredienzien dazu. „Ach, deshalb ist es auch nicht", meinte der Rektor. „Aber hier essen die Jungen Eis und in der Schule kommen sie und wollen Hefte haben. Für das Geld sollen sie sich lieber Hefte kaufen." Nun machte der Händler den Rektor darauf aufmerksam, daß von der städtischen Verwaltung für diese Zwecke ja doch ein Fonds ausgeworfen sei, der nicht einmal aufgebraucht würde. Es wäre also doch keine Veranlassung, den armen Kindern auch die kleinste Freude und den kleinsten Lebensgenuß zu rauben. Der Herr Rektor zog es vor, einem weiteren Disput aus dem Wege zu gehen, der Händler aber machte sich seine Gedanken über den Fluch der Armuth!

Zu der Luftballon-Katastrophe auf dem Tempelhofer Felde sind noch folgende Einzelheiten nachzutragen: Der Benzinmotor, welcher die Schraube in Bewegung setzte, zeigte bei seiner Auffindung nur geringfügige und anscheinend auch nur durch den Sturz entstandene Beschädigungen. Die schwere Last fiel mit so furchtbarer Wucht auf die Erde herab, daß der Motor ca. 90 Zentimeter in den Erdboden eindrang. Der Apparat war ziemlich leicht gebaut und so konstruirt, daß die aus den Ventilkammern herauslodernden Flammen gegen eine am Kopfe des Zylinders befestigte Aluminiumplatte schlugen und somit die Gefahr einer Entzündung der Ballongase ausgeschlossen schien. Wie von verschiedenen Seiten, zum theil mit Hilfe von Ferngläsern genau beobachtet worden ist, entstand das Feuer dem Anschein nach in der Mitte zwischen Gondel und Ballon, wahrscheinlich durch herausströmende Gase. Eine Stichflamme schlug in die Gondel hinein, um im nächsten Augenblick wieder emporzulodern. In der folgenden Sekunde war bereits die eine Hälfte des Ballons und zwar auf derjenigen Seite, auf welcher sich das Ventil befand, von einer furchtbaren Feuersäule umgeben, die sich im nächsten Moment über den ganzen Ballon ausdehnte. Der ganze Vorgang vom Entstehen der Katastrophe bis zum Aufschlagen der Gondel auf den Erdboden, nahm kaum 20 Sekunden in Anspruch. Die genaue Ursache der Katastrophe dürfte wohl niemals festgestellt werden.

Die beiden verunglückten Luftschiffer sind nach der Leichenhalle in Tempelhof, die Ueberreste des Ballons nach dem Spritzenhause des genannten Vorortes geschafft worden. Ueber Herrn Dr. Wölffert erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Der aus Thüringen gebürtige Luftschiffer hat in seiner Jugend Theologie studirt und wandte sich, nachdem er einige Zeit als Geistlicher amtirt, der Philosophie zu. Von Hause aus vermögend, verlor er infolge unglücklicher Spekulationen den größten Theil seines Kapitals. Vor 20 Jahren begann er sich mit dem Plan der Erbauung eines lenkbaren Luftballons zu beschäftigen. Schon in der ersten Zeit mangelte es ihm an Geld, so daß er im Jahre 1882 den Versuch machte, zum Zwecke der Erbauung des Luftschiffes eine Genossenschaft zu gründen; jedoch ohne Erfolg. Bald darauf stellte der jetzt flüchtige Gastwirth Sternecker Herrn Dr. W. Geld zur Verfügung mit der Bedingung, daß der Ballon zunächst in dem Lokale des St. in der Hasenhaide aufsteigen müsse, worauf auch der Luftschiffer einging. Später unternahm er Auffahrten abwechselnd sowohl von der Hasenhaide als auch von Schöneberg aus. In dieser Weise, sowie auch dadurch, daß der energische Luftschiffer Stellung als Korrektor in Berliner Druckereien annahm, verschaffte sich Dr. W. wieder einiges Geld, so daß er in der Lage war, ein kleines Modell seines lenkbaren Luftschiffes herzustellen. Vor zwei Jahren endlich fand der Aeronaut einen Geldmann, der ihm einen genügenden Betrag zur Erbauung des jetzt verunglückten Ballons sowie zur Vorführung desselben in der Gewerbe-Ausstellung zur Verfügung stellte. Bekanntlich reussirte jedoch das Unternehmen in der Ausstellung nicht und noch im Laufe des vorigen Sommers ließ der Geldmann bei W. pfänden. Ende vorigen Jahres endlich trat ein Baron von T. dem Dr. W. zur Seite. Nachdem der letztere das kleinere Luftschiff dem Kriegsministerium geschenkt hatte, interessirte sich die Militärbehörde für die Ideen des Luftschiffers, welcher dann, als sich jetzt die Hoffnungen des energischen, seit Jahren kämpfenden Mannes erfüllten, in so furchtbarer Weise seinen Tod fand. Der mit verunglückte Mechaniker Robert Knabe, ein geborener Berliner, war hierselbst bei der Firma Mix u. Genest in Stellung. Schon seit Jahren brustleidend, erkrankte er vor etwa sechs Wochen ernstlich und die Familie gerieth hierdurch in eine recht traurige Lage. Wiewohl noch sehr erschöpft und schwach, meldete sich Knabe, um endlich wieder Geld zu verdienen, am Freitag gesund; er nahm seine Thätigkeit wieder auf, um am folgenden Tage bereits in so unerwarteter Weise den jähen Tod zu finden; Frau und Kinder befinden sich in größter Noth.

In einer längeren Zuschrift setzt uns ein Fachmann auseinander, daß die Benutzung eines Benzinmotors fast unvermeidlich eine Katastrophe herbeiführen mußte; bei weitem ungefährlicher wäre ein Petroleummotor gewesen. Es steht uns als Laien natürlich nicht zu, hierin ein Urtheil zu fällen, wir geben die in der Zuschrift enthaltene Anschauung daher nur referirend wieder.

Herr Stadtverordneter Rosenow sendet uns eine Zuschrift, in der er sich dagegen verwahrt, daß er gesagt habe, „Heilig sei das Eigenthum und wenn die Bevölkerung darob verkomme". Wenn Herr Rosenow die kurze Notiz aufmerksam liest, die wir am Sonntag über die Hausbesitzerversammlung gebracht haben, so wird er ohne schwere Mühe herausfinden, daß die beanstandeten Worte von der Redaktion herrühren als Ausdruck der konsequenten Schlußfolgerung jener Ansichten, die in dem gegen die neue Baupolizeiordnung gerichteten Kampf eine Rolle spielen. Für so thöricht halten wir Herrn Rosenow nicht, daß wir ihm zutrauen, er werde derart offen, wie wir es ihm in den Mund gelegt haben sollen, die wahre Herzensmeinung eines wesentlichen Theils der Berliner Hausbesitzer zum besten geben. Ziemlich nebensächlich ist, daß Herr Rosenow sich ferner noch dagegen verwahrt, „Wortführer" der Hausbesitzer zu sein, und daß er am Schlusse seiner Richtigstellung schreibt: „Ich habe in der betr. Versammlung besonders hervorgehoben, daß ich häufig genug Anlaß hatte, mich gegen die Bestrebungen der Hausbesitzer-Vereine auszusprechen und dementsprechend in der Stadtverordneten-Versammlung zu stimmen, daß mich dies aber nicht hindert, gegebenen Falles gegen ein von der Regierung beabsichtigtes, durch nichts begründetes schweres Unrecht gegen den Grundbesitz auf die Seite des letzteren zu treten.

Religionsstatistisches aus Sündenbabel. Eine für die am Dienstag zusammentretende Berliner Stadt-Synode angefertigte statistische Uebersicht giebt an, daß am 2. Dezember 1895 in Berlin gezählt worden sind: 1 426 591 Evangelische, einschließlich Sektirer, 154 970 Römisch-Katholische, einschließlich Altkatholische, 393 Griechisch-Katholische, 6630 Dissidenten, Deutsch-Katholische und Freireligiöse, 86 124 Juden, 2596 Angehörige anderer Religionen. Die Zahl der vorhandenen Kirchengebäude beträgt 45, die der Pfarrhäuser 25, die der Pfarrstellen 128. Wie viele wirkliche Anhänger ihrer Kirche sich unter den fast anderthalb Millionen Evangelisch-Getauften befinden, konnte natürlich nicht festgestellt werden. Wer aber die steten Klagen der Frommen hört, wird annehmen können, daß ihrer nicht gar zu viele sind.

Einer jener Fälle, wie sie an unseren öffentlichen Krankenhäusern mehrfach gerügt werden mußten, wird uns abermals von einem hiesigen Einwohner mitgetheilt. Die Frau des in der Sebastianstraße wohnenden Schneiders W. mußte am 8. Mai d. J. eines Lungenleidens wegen das Krankenhaus Am Urban aufsuchen. Am 8. Juni, kurz nach 6 Uhr abends, starb die Frau. Drei Stunden vor ihrem Tode hatte die Kranke dringend verlangt, ihren Gatten zu sprechen; diesem Wunsche wurde aber aus unbekannten Gründen nicht entsprochen. Am Tage darauf war Besuchsstunde im Krankenhause. Herr W. fand sich um zwei Uhr ahnungslos in dem Saal ein, in welchem seine Frau gelegen hatte, und hier erst erfuhr er von den anwesenden Patienten, daß seine Gattin bereits seit zwanzig Stunden verstorben war. Als Herr W. dann die Leiche zu sehen verlangte, stieß dies Verlangen erst auf Widerstand. Erst um 5 Uhr wurde ihm der Zutritt zur Leichenkammer gestattet, die Leiche lag zugedeckt in einem Glaskasten. Herr W. ersuchte den Diener, den Kasten zu öffnen, doch wurde dies Verlangen erst nach wiederholter Aufforderung erfüllt. Nun sah der Gatte, daß die Leiche seiner Frau geöffnet gewesen und wieder zugenäht worden war. Da man es unterlassen hatte, die nächsten Angehörigen der Verstorbenen sofort von dem erfolgten Ableben zu benachrichtigen, so kann natürlich von Einholung einer Erlaubniß zur Oeffnung der Leiche erst recht keine Rede sein. Erst im Laufe des nachmittags war dann auch der Brief aus dem Krankenhause in der Wohnung des Herrn W. eingetroffen, der die offizielle Todesnachricht brachte; wie der Poststempel zeigte, war das Schreiben zwischen 12 und 1 Uhr mittags auf die Post gegeben worden. Hoffentlich thut die Krankenhausverwaltung ihr möglichstes, um derartige Vorkommnisse, wie die hier geschilderten, ein für alle mal unmöglich zu machen; geschieht dies nicht, dann wird die Stadtverwaltung damit zu rechnen haben, daß das Vertrauen der Bevölkerung zu den städtischen Heilanstalten auf ein im öffentlichen Interesse wahrlich nicht herbeizuwünschendes Maß herabsinkt.

Der Kirchhofs-Inspektor als Zensor. „Das Blatt gehört auf keinen protestantischen Kirchhof", meinte am Sonntag der Inspektor des Louisen-Kirchhofs an der Bergmannstraße, als ein den „Vorwärts" lesender Besucher den Herrn um Aufklärung darüber bat, warum er gerade ihm vor allen Zeitung lesenden Luftkurpern mit der weltbekannten Höflichkeit des ausgedienten Unteroffiziers dazu aufgeforderte, das Blatt nicht liegen zu lassen. Wie vielseitig muß der Mann sein, wenn ihm neben seinen sonstigen dienstlichen Pflichten auch noch die Ueberwachung der Lektüre der Friedhofsbesucher anvertraut ist! Uebrigens hat er recht, der „Vorwärts" gehört nicht auf den Kirchhof, da er sich nicht unter die Erde bringen läßt.

Selterwasser von verdächtiger Qualität wird in Berlin nicht selten in den Handel gebracht. So ließ nach den Beurkundungen des Medizinal-Assessors am kgl. Polizeipräsidium zu Berlin, Dr. Springfeld, die schlechte Verzinnung der kupfernen Ballons, in denen das Selterwasser an die Zwischenhändler versandt wird, wiederholt bis zu 0,15 Kupfer in das Selterwasser übergehen. Außerdem ist es des öfteren mit salpetriger Säure verunreinigt, die der Verwendung unreiner Schwefelsäure oder dem verwendeten Brunnenwasser entstammte. In anderen Fällen ließ sich Salpetersäure nachweisen. Seit Erlaß der Polizei-Verordnung, betreffend den Verkehr mit Selterwasser, hat die Einfuhr aus den Vororten zugenommen, in denen eine gleichlautende Polizei-Verordnung nicht erlassen ist. So erscheint das unzulässige Wasser aus Rummelsburg immer wieder auf dem Markte. Nach dem Entstehen der Trinkhallen, insbesondere der sogenannten fliegenden, hat sich die Fürsorge der Polizei im Verkehr mit Selter- und Sodawasser erstreckt auf die Verhütungen von Metallvergiftungen infolge Verunreinigung des Wassers durch giftige Blei-, Kupfer- und Zinnverbindungen der Syphons,

Ballons, Zapfvorrichtungen und Druckleitungen, auf die Verhütung von ökonomischen und sanitären Nachtheilen durch Verwendung von gefärbten Syrupen bei Brauselimonade, auf die Verhütung ökonomischer und sanitärer Nachtheile durch Verkauf des Wassers unter falscher Bezeichnung, insbesondere des Sodawassers unter dem Namen „Selters“ und umgekehrt, und endlich wurde auf Anregung des Ministers der Medizinalangelegenheiten eine Bekanntmachung gegen den Genuß eisgekühlten Selterwassers erlassen. Da solches Wasser schon in normalen Zeiten leicht ernstliche Verdauungsstörungen von längerer Dauer nach sich zieht, wurden die Verkäufer von Mineralwässern im Ausschank darauf angewiesen, das Getränk nur in einem der Trinkwasser-Temperatur entsprechenden Wärmegrade von etwa 10 Grad C. abzugeben.

Auf Beschluß des Magistrats werden nun doch alle noch vorhandenen Gebäude auf dem Ausstellungsgelände des Treptower Parkes beseitigt werden. Das Chemiegebäude wird abgetragen, das Fischereigebäude dagegen wird nach dem Sportplatz in Wilmersdorf-Friedenau versetzt; aber auch der städtische Pavillon und die Holzbauten von Bötzow und Hester müssen abgebrochen werden. Den Grund und Boden des neuen Bollwerks vor dem Fischereigebäude wird der Magistrat vom Stromfiskus erstehen, die Anschüttung selbst von den Unternehmern, die sie seiner Zeit für die Ausstellung hergestellt haben.

Den beginnenden Theaterferien sehen neben manchen anderen Bühnenangestellten auch die Garderobièren der königlichen Theater mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Während der Saison dauert ihre Arbeitszeit am Schauspielhause Wochentags wie Sonntags von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags, sodann von 3½ bis 7½ Uhr und hierauf nach einer Pause bis gegen Mitternacht. Ihr Gehalt beträgt während der Saison wöchentlich etwas über 22 M.; in der Ferienzeit aber, wo nur bis Mittag gearbeitet wird, erhalten die jüngsten nur 11 M. Mit recht fragen sie, wie sie bei einer derartigen Verminderung ihres Einkommens existiren sollen.

Die Berliner Bäckerinnung feiert ihr 625 jähriges Bestehen und hat aus diesem Anlaß eine große Jubiläums-Fachausstellung veranstaltet. Bei der Eröffnung der Ausstellung im Germania-Innungshause war auch Minister v. Bötticher zugegen. Der Minister sprach den Wunsch aus, daß Gott das Handwerk segnen möge.

Der Kampf der Bäckermeister gegen die Bundesraths-Verordnung wird durch folgendes, uns vom Vertrauensmann der Bäcker mitgetheiltes Vorkommniß beleuchtet. Am 9. Juni wurde die Bäckerei von K. in der Gerichtstr. 14 polizeilich revidirt. Ein verheiratheter Geselle, der dort schon neun Monate beschäftigt ist, bekundete auf die Frage des Beamten der Wahrheit gemäß, daß mit einem Personal von einem Konditor und vier Gesellen von abends 9 Uhr bis zum nächsten Nachmittag 2 Uhr gearbeitet werde. Kaum hatte der Beamte die Räumlichkeit verlassen, so erklärte der Meister dem verblüfften Gesellen, daß er nur sofort seine Sachen packen möge, solche Leute wie ihn könne er nicht gebrauchen.

Die Beziehungen zwischen den Aerzten und dem Abonnementsverein für Dienstherrschaften sollen neu geordnet werden. Nach der Ansicht des Ausschusses des Abonnementsvereines soll der „Med. Ref.“ zufolge dabei grundsätzlich festgestellt werden, daß der Ausschuß für jede Berathung eines erkrankten Dienstboten in der Sprechstunde des Arztes diesem 1 M. zahlt; poliklinische Behandlung hingegen und Besuche in der Wohnung des Dienstboten honorirt der Abonnementsverein nicht.

Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben. Die „Heilsarmee“ ließ vielfach an Sonntagen nachmittags auf den Straßen durch ihre „Soldaten und Kadettinnen“ gedruckte Einladungen zu den Versammlungen vertheilen. Die Polizei ist in letzter Zeit gegen diese Zettelvertheiler wegen Verstoßes gegen die Sonntagsruhe vorgegangen. In der Landsbergerstraße wurde vorgestern Abend ein Heilsarmeesoldat, welcher an die Passanten solche Zettel vertheilte, durch einen Schutzmann zur Wache sistirt.

Eine Müllabladestelle schlimmster Art im Weichbilde Berlins befindet sich unmittelbar am Ringbahnhof Landsberger Allee und bei den neuen Viehhofsanlagen auf dem von der Landsberger Allee, der Ringbahn, der Cothenius- und der Thornerstraße begrenzten freien Platz. Hier werden täglich große Massen von Müll und Abfällen aller Art abgeladen und unbeachtet liegen gelassen. Die Folge davon ist, daß alle diese Ekel erregenden Stoffe, besonders bei der jetzt herrschenden Hitze, allmälig in Gährung übergehen und eine große faulende Masse bilden, aus der ein pestilenzialischer Geruch aufsteigt und die Hunderten von Krähen eine willkommene Gelegenheit zu ihrer widerwärtigen Nahrung bietet. Kaum 60 bis 70 Meter davon entfernt befinden sich bewohnte Häuser, ja, aus den Hinterfenstern der in der Elbingerstraße gelegenen großen Gemeindeschule kann man den scheußlichen Platz aus allernächster Nähe vollständig übersehen. Die Anwohner fragen sich vergebens, wie es möglich ist, daß ein solcher Müllabladeplatz innerhalb des Weichbildes Berlins geduldet werden kann.

Tod durch Sturz aus dem Fenster. In dem dritten Stockwerk des Hauses Dragonerstraße 8 wohnen die Engel'schen Eheleute mit ihrem zwanzigjährigen Sohne, einem jungen Kaufmann. Die Eltern waren am gestrigen Spätnachmittag ausgegangen und kehrten erst um 10½ Uhr nach Hause zurück. Beim Betreten des Hofraumes bot sich ihnen ein entsetzlicher Anblick dar; auf dem Pflaster lag besinnungslos, blutbesudelt der junge Mann, nur noch schwache Lebenszeichen von sich gebend. Bevor ein Arzt eintraf, war der Bedauernswerthe bereits verschieden. Der junge Mann ist aus einem Fenster der elterlichen Behausung herausgestürzt. Ob ein Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, ist nicht ermittelt.

Verschwundener Knabe. Am zweiten Pfingsttage ist der Schüler Karl Reiner aus Berlin, der in Begleitung seiner Eltern sich in der Wuhlhaide bei Sadowa aufhielt, spurlos verschwunden. Der Knabe hatte sich von seinen Angehörigen getrennt, um Blumen zu suchen. Da alle Nachforschungen bisher vollkommen ergebnißlos waren, so ist nur anzunehmen, daß sich der Kleine der Spree allzusehr genähert, ins Wasser gefallen und ertrunken ist.

Ein eigenthümlicher Unfall beim Baden hat sich am Sonntag Vormittag um 9½ Uhr in der Bade-Anstalt an der Waisenbrücke zugetragen. Der 25 Jahre alte Glaser Richard Bornowski ging mit einem Kopfsprung ins Wasser. Gleich hinter ihm her sprang ein anderer Badegast hinein und traf ihn ins Kreuz. Bornowski mußte, schwer verletzt, aus dem Wasser herausgeholt und nach der Charitee gebracht werden. Er hatte eine Gehirnerschütterung und eine Verletzung des Rückenmarks davongetragen.

Aus Liebe zur Diebin geworden und dann aus Furcht vor Strafe in den Tod gegangen ist die 19 Jahre alte Verkäuferin Klara Huhn, die bei der Wittwe des Schlächtermeisters Heinritz, Steinmetzstr. 75, in Stellung war und wohnte. Als Lehrmädchen hatte Klara Huhn ein Liebesverhältniß mit einem Gesellen Otto Rex angeknüpft, und dieses setzte sie fort, nachdem Frau Heinritz den Gesellen entlassen hatte. Da Rex nun arbeitslos war, so steckte ihm seine Geliebte aus den Beständen der Dienstherrin fortgesetzt Fleisch- und Wurstwaaren zu und zwar so viel, daß Rex einen Theil davon wohl verkaufen konnte. Das kam am Sonnabend an den Tag. Frau Heinritz hatte der Verkäuferin wiederholt verboten, Rex im Geschäft zu empfangen; sie konnte aber nicht scharf kontrolliren, da sie außer ihrem Ladengeschäft noch einen Stand in der Markthalle V in der Magdeburgerstraße hat. Dort erhielt sie am Sonnabend Vormittag telegraphisch die Mittheilung, daß sich Rex schon seit dem Morgen in dem Laden aufhalte und daß die Verkäuferin Packete für ihn zurecht mache. Als Frau Heinritz nach Hause kam, sah sie den früheren Gesellen gerade mit Packeten über die Straße gehen. Sie machte nun der Verkäuferin Vorstellungen und diese räumte schließlich die fortgesetzten Entwendungen ein. Frau Heinritz wollte indessen kein Aufsehen machen und das Mädchen auch nicht anzeigen, sondern lediglich entlassen. Das sollte gestern, Sonntag Mittag, geschehen und das Mädchen blieb daher zunächst noch im Geschäfte. Als aber Frau Heinritz gestern Morgen in der Markthalle war, erhielt sie die Nachricht, daß die Verkäuferin, die jedenfalls eine Anzeige gefürchtet hat, oder aus Scham nicht weiter leben wollte, Hand an sich gelegt habe. Sie hatte den Laden noch geöffnet, war dann in einen hinter dem Laden liegenden Raum gegangen und hatte sich mit einer Schnur an einem Fleischhaken aufgeknüpft.

Straßensperrung. Die Händelstraße, von der Lessingstraße bis zur Brücken-Allee, wird behufs Legung von Gasrohrleitungen vom 16. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Theater. Im Zentral-Theater findet heute die Première der Komödie „Sozialaristokraten“ von Arno Holz statt. Die humoristische Hauptfigur des Stückes, den Gelegenheitsdichter Fiebig, spielt Hermann Müller vom Deutschen Theater. — Das Volks-Theater in der Reichenbergerstraße wird, nachdem Herrn Direktor Anger die große Theaterkonzession ertheilt worden ist, nunmehr auch seinem neuen Range gemäß im Innern die gehörige Bühnen- und Platzeinrichtung erhalten. Die Bühne wird nach der Rampe zu das nöthige Gefälle bekommen u. s. w. Behufs dieser Umwandlungen schließt das Volks-Theater am 1. Juli und soll Mitte August mit dem neuen großen Volksstücke: „Geschwister Fiebig“ von Oskar Wagner und Hugo Haßferl eröffnet werden. Nachdem gelangt Leopold Ely's neues Volksstück „Berlin Südost“ zur Aufführung. Vom Donnerstag den 17. bis zum Beginn der Ferien bringt das Volks-Theater ein täglich wechselndes Repertoir seiner bisher mit bekanntem Erfolge aufgeführten Possen und Volksstücke; am Donnerstag zunächst „Hopfenraths Erben“.

Orgelkonzert. Frau Margarethe Frankenberg, Frl. Vera Goldberg und Herr Robert Schwiehelmann werden den Orgelvortrag in der Marienkirche am Mittwoch, den 16. Juni, mittags 12 Uhr, unterstützen. Der Eintritt ist frei.

Aus den Nachbarorten.

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 16. Juni, abends 8½ Uhr, findet hier eine Versammlung statt, in der gegen die Verstümmelung des Vereinsgesetzes Protest erhoben werden soll. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Einberufer.

Ein Spaziergang in Johannisthal. Am vorigen Mittwoch ging der Drechsler Klank aus Berlin in Johannisthal spazieren. Er hatte sich den Nachmittag frei gemacht und wollte einmal so recht aus voller Brust frische Luft schöpfen. Da fügte es ein widerwärtiges Geschick, daß das Auge eines preußischen Gendarmen sich auf den Drechsler lenkte, als dieser still im Orte seines Weges ging. Er sollte sich legitimiren. Klank zog ein altes Krankenkassenbuch, das er zufällig bei sich trug, aus der Tasche seines Arbeitsrockes und reichte dies dem Gendarmen hin. Ja, das genüge nicht, er müsse mitkommen. Und Klank wurde in das Spritzenhaus gesperrt, wo er volle 11 Stunden, nämlich von abends 7 Uhr bis morgens 6 Uhr ohne Nahrung, ja ohne einen Schluck Wasser verweilen mußte. Aber damit waren die Folgen seines Spazierganges noch nicht zu Ende. Von Johannisthal wurde Klank nach Adlershof transportirt, wo ebenfalls dreistündiger Aufenthalt war und von da brachte ihn ein Polizeidiener nach Köpenick. Dort mußte der Drechsler bis gegen 1 Uhr in einer Zelle warten. Dann führte man ihn vor einen höheren Beamten, der ihn über sein „Vergehen“ inquirirte. Es stellte sich nunmehr heraus, daß der Angeschuldigte wirklich nichts anderes auf dem Kerbholz hatte, als daß er in seinem Arbeitsanzuge spazieren gegangen war, und nun endlich wurde seine Entlassung verfügt. Als Klank in Berlin ankam und an seine Arbeitsstätte ging, ward er gewahr, daß bereits jemand anders an seinem Platze stand. Nicht ohne Opfer gelang es ihm, sich wenigstens seine Arbeit zu erhalten. Der Vorfall aber möge andern Spaziergängern, die unter ähnlichen Umständen Lust verspüren, das liebliche Johannisthal zu besuchen, zur Warnung dienen.

An der Kreissäge ist der in der Dampfschneidemühle des Zimmermeister Büttner in Werneuchen beschäftigte Arbeiter Heinrich Behring verunglückt. Derselbe arbeitete außerhalb der eigentlichen Schneidemühle an der Kreissäge. Bei seiner Beschäftigung wurde der linke Aermel seines Rockes von der die Kreissäge treibenden Welle erfaßt und Behring dadurch mehrmals in der Luft mit herumgeschleudert, bis der linke Arm aus dem Armgelenke herausgerissen war. Auch sonst hat der Unglückliche erhebliche Verletzungen davongetragen. Da er allein an der Säge arbeitete, so blieb der Vorfall längere Zeit unbemerkt, da B. vor Schreck und Schmerz sprachlos war und nicht zu rufen vermochte. Die Arbeiter in der Mühle wurden erst durch den veränderten Betrieb aufmerksam, sahen nach und entdeckten nun das Unglück. Unter der Obhut seiner herbeigerufenen Frau wurde Behring schleunigst in das Berliner Krankenhaus am Friedrichshain geschafft.

Um der „Arbeiternoth“ auf dem Lande zu steuern, wollen die Agrarier zur Selbsthilfe greifen. Die brandenburgische Landwirthschaftskammer hat nämlich die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises für ländliche Arbeiter unter Aufsicht der Kammer beschlossen und den Vorsitzenden, Herrn v. Arnim-Güterberg, die Vollmacht ertheilt, mit einem bereits in Aussicht genommenen Arbeitsvermittler einen entsprechenden Vertrag abzuschließen.

Soziale Rechtspflege.

Dem Drehorgelspieler R. wurde der Wandergewerbeschein für das Jahr 1897 versagt, weil er im Sommer 1894 eine dreimonatliche Strafe wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verbüßt hatte. Und zwar stützte sich die zuständige Behörde auf den § 57 III der Gewerbe-Ordnung in der neuen Fassung vom 6. August 1896. R. klagte dann gegen den Kommissar zur Vertretung des öffentlichen Interesses und stellte beim Ober-Verwaltungsgericht den Antrag, ihm den Schein zu ertheilen. Die Novelle zur Gewerbe-Ordnung vom 6. August 1896 sei erst am 1. Januar 1897 in kraft getreten, er habe sich aber bereits im November 1896 um den Schein beworben und deshalb hätte der neue § 57 noch nicht angewendet werden dürfen. Der dritte Senat des Ober-Verwaltungsgerichts erkannte jedoch zu ungunsten des Klägers. Es sei nicht die Zeit maßgebend, in der der Antrag gestellt wurde, sondern die, für welche R. den Wandergewerbeschein verlangte, also das Jahr 1897.

Gegen den von Maschinen erzeugten unerträglichen Lärm darf die Polizei nach einer Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts dann einschreiten, wenn das Wohlbefinden der Nachbarn des Maschinenbesitzers dadurch gestört wird. Der Kaufman Goston hatte in seinem Keller einen Gasmotor zu Beleuchtungszwecken aufgestellt, der täglich mehrere Stunden lang in Betrieb war. Eine Mietherin des betreffenden Hauses fühlte sich durch das Geräusch der Maschine belästigt. Sie beschwerte sich bei der Polizei und diese verlangte darauf von Goston, entweder den Motorbetrieb einzustellen oder den Motor so aufzustellen, daß die Belästigung der Nachbarn aufhöre. Goston focht die Verfügung der Polizei im Verwaltungsstreite an. Das Ober-Verwaltungsgericht wies ihn jedoch ab, indem es sich auf ein Physikatsattest berief, wonach das fortdauernde Geräusch eines arbeitenden Gasmotors geeignet sei, die Gesundheit der Nachbarn zu beeinträchtigen. Die Behörde sei darum berechtigt gewesen, jene Verfügung aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten zu erlassen.

Für landwirthschaftliche Arbeiter und kleine Landwirthe ist die Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes von großer Bedeutung, die in der Unfallsache des landwirthschaftlichen Arbeiters Kamlage gefällt wurde. Ein Landwirth, der ein Gebäude in eigener Regie aufgeführt hatte, ließ sich nach einer alten Sitte von einer größeren Zahl Personen aus seiner Umgebung beim sogenannten „Richten“ helfen. Unter den Hilfsbereiten befand sich auch der Arbeiter Kamlage. Er hatte das Unglück, abzustürzen und wurde schwer verletzt vom Platze getragen. Die landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft, an die er sich zunächst wegen einer Unfallrente wandte, wies seinen Anspruch unter der Begründung zurück, daß K. nicht beim landwirthschaftlichen Betriebe verunglückt sei und deshalb auch die landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft nicht haftbar machen könne. Kamlage beantragte darauf bei der Versicherungsanstalt der hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft die Gewährung der Rente. Aber auch diese wies ihn ab, ebenso ihr Schiedsgericht. Das Gericht nahm an, es handele sich hier nicht um ein Arbeitsverhältniß. Das Reichs-Versicherungsamt als letzte Instanz verurtheilte indessen die Versicherungsanstalt der Baugewerks-Berufsgenossenschaft. Es ging von folgenden Erwägungen aus: Gegenseitige Hilfeleistungen der Landwirthe beim Richten ihrer Neubauten seien vielfach üblich. Es sei zum Richten nothwendig, daß auf kurze Zeit eine größere Zahl von Arbeitskräften bereit stehe, und deren anderweite Beschaffung sei auf dem Lande meist schwierig. Die Belohnung bestehe gewöhnlich in der Berechtigung, am Richteschmaus theilzunehmen. Die Frage, ob solche Personen als Arbeiter im Baubetriebe anzusehen seien, könne nicht unbedingt verneint werden, denn für den Begriff „Arbeiter“ im Sinne des Unfallversicherungs-Gesetzes sei weder die Berufsmäßigkeit, noch die Bezahlung der Arbeit maßgebend. Andererseits könnten aber diese Leute auch nicht unter allen Umständen für die Zeit ihrer Hilfe beim Richten als Arbeiter angesehen werden. Voraussetzung sei, daß sie wirklich eingriffen in die Bau-Ausführung und nicht blos zuschauten, und ferner, daß sie wirthschaftlich Arbeitern gleichständen und in ihrer sonstigen Lebensstellung nicht völlig unabhängig und selbständig seien. Das treffe beim Kläger zu. Er sei nach Annahme des Gerichts in dem Regiebaubetrieb eingetreten gewesen.

Gerichts-Zeitung.

Die Rechtsgiltigkeit der Polizei-Verordnung vom 10. Oktober 1896, die betreffs der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Festtage vom Berliner Polizeipräsidenten erlassen worden ist, wurde in einem Strafverfahren gegen den bekannten Zigarrenhändler Kaphun in Frage gestellt. Der § 6 der Verordnung bestimmt, daß die in den Schaufenstern der Kaufleute ꝛc. ausgestellten Waaren an Sonn- und Festtagen vom Beginn des „Vormittags-Gottesdienstes“ ab den Blicken des vorbei passirenden Publikums entzogen werden müssen. Entgegen dieser Bestimmung war am 1. November 1896 das Schaufenster des Kaphun'schen Ladens in der Alexanderstraße gegen 1¼ Uhr nicht verhängt. K. erhielt deswegen ein Strafmandat. Er beantragte richterliche Entscheidung und bestritt die Rechtsgiltigkeit der fraglichen Verordnung. Schöffengericht und Landgericht verurtheilten ihn jedoch zu einer Geldstrafe, indem sie den § 6 der Verordnung für durchaus giltig erklärten. Die Strafkammer nahm insbesondere an, es könne die Ungiltigkeit der Verordnung nicht daraus hergeleitet werden, daß sie nicht vom Gemeindevorstand gemäß § 143 des Landesverwaltungs-Gesetzes genehmigt worden sei. Die Verordnung habe der Polizeipräsident nicht als Organ der Ortspolizei, sondern als Organ der Landespolizei erlassen, und sie bedürfe als eine landespolizeiliche nicht der Zustimmung des Magistrats. Für Kaphun legte Rechtsanwalt Flatau die Revision ein. Er machte geltend, die ganze Verordnung sei schon um deswillen ungiltig, weil sie sich nicht darauf beschränke, die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage zu sichern, sondern auch Bestimmungen enthalte, durch die der Polizeipräsident seine polizeilichen Befugnisse überschritten habe. So habe die Polizei z. B. kein Recht, sich in Privatfestlichkeiten hineinzumischen, die in privaten Räumen abgehalten werden. Das geschehe aber durch Theile der Verordnung. Dann verletzte der § 6 der Verordnung die Gewerbe-Ordnung, so deren §§ 41a und 105b. Auf grund der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung dürften offene Verkaufsstellen Sonntags auch nach dem Vormittags-Gottesdienst noch geöffnet sein, trotzdem verlange die Verordnung vom 10. Oktober 1896 für die betreffenden Stunden des Frühnachmittags ebenfalls das Verhängen der Schaufenster. Das sei doch ein unzulässiger Widerspruch. Der Strafsenat des Kammergerichts wies indessen gestern die Revision zurück. Formell sei die Verordnung unbedingt giltig. In materieller Hinsicht müsse die Giltigkeit des hier in Frage kommenden § 6 bejaht werden. Sie würde auch dann nicht erschüttert, wenn wirklich andere Bestimmungen der Verordnung unzulässig wären.

Wegen fahrlässiger Tödtung hatte sich gestern der Maschinenmeister Hermann Jahnke aus Rixdorf vor der II. Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Der Angeklagte ist in der Rixdorfer Vereinsbrauerei angestellt. In dieser verunglückte am 25. Februar d. J. der Arbeiter August Krug, Vater von mehreren Kindern, in der Weise, daß er mit dem Fuße an eine dicht über den Fußboden entlang geführte Transmissionswelle gerieth, die ihn mit fortriß. Dem Unglücklichen wurde ein Bein ausgerissen, eine Menge von Knochen gebrochen und das Fleisch in Stücken vom Körper gerissen. Die Zerreißung verschiedener Haupt-Arterien führte nach wenigen Minuten den Tod des Verletzten durch Verblutung herbei. Diesen Unglücksfall soll der Angeklagte durch Nichtbeachtung der vorgeschriebenen Schutzmaßregeln verschuldet haben. Wie die Beweisaufnahme ergab, war der Schauplatz des Unglücksfalles ein 50 Meter langer, wenig hoher und schmaler schachtartiger Gang, der vom Maschinenhause nach der Brauerei führte. Außer der Transmissionswelle war ein System von Röhren durch den Gang gezogen, welche zur Zeit des Unfalles erneuert wurden. Ein Kupferschmied und ein Arbeiter hantirten mit dem schweren kupfernen Röhren in diesem engen Raume, ohne daß die Welle außer Betrieb gesetzt wurde, die obendrein jeder Schutzvorrichtung ermangelte. So kam es, daß der Arbeiter Krug beim Hochheben eines Rohres mit dem Fuße an die rotirende Welle gerieth und nun um dieselbe herumgedreht wurde. Im Jahre 1893 war gelegentlich einer Revision des Versicherungsinspektors angeordnet worden, daß der Gang durch eiserne Stäbe für das Personal versperrt würde, die Schutzstangen waren aber bald wieder beseitigt worden und wurden erst wieder hervorgeholt, nachdem das Unglück geschehen war. Während Fabrikinspektor Kampf die Anbringung einer Schutzvorrichtung in Gestalt eines transportablen Kastens über der Welle für durchaus nothwendig und sehr leicht ausführbar hielt, erklärte der Gegensachverständige, Brauereidirektor Knoblauch, der Vorsitzende der Mälzerei- und Brauerei-Berufsgenossenschaft, daß eine derartige Schutzvorrichtung ganz überflüssig und unter Umständen sogar gefährlich sei. In seiner Brauerei werde dies auch nicht anders gehandhabt. Der Gerichtshof legte dem Gutachten des Herrn Knoblauch absolut keinen Werth bei, da derselbe selbst Brauereidirektor, also Partei sei, und zugegebenerweise in seinem Betriebe dieselbe Wirthschaft zulasse. Im vorliegenden Falle waren Schutzmaßregeln absolut erforderlich, das müsse jeder Laie einsehen. Das Interesse der Aktionäre und die Rücksichtnahme auf die Dividende könne nicht in Frage kommen, wo es sich um Menschenleben handele. Es sei daher mit Rücksicht auf die Gröblichkeit der Fahrlässigkeit auf sechs Monate Gefängniß erkannt worden. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr beantragt. Vielleicht wäre es angebracht gewesen, wenn der Staatsanwalt neben den Maschinenmeister auch den Brauereidirektor vor Gericht zitirt hätte.

Ein sonderbarer Grund stand der Verhandlung einer Berufung im Wege, die der Kaufmann Moritz Riesenfeld gegen ein Urtheil des Schöffengerichts eingelegt hatte. Der Angeklagte war zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden, weil er einer 16 jährigen, bei ihm beschäftigten Buchhalterin gegenüber nicht den erforderlichen Anstand gewahrt hatte. Er hatte Berufung eingelegt, war aber im gestrigen Termin nicht anwesend. Statt seiner erschien seine Ehefrau, welche in höchster Erregung mittheilte, daß ihr Ehemann auf dem Wege nach dem Gericht einen Selbstmordversuch gemacht habe, so daß sie ihn in einer Droschke blutüberströmt nach Hause habe schicken müssen. Der Gerichtshof glaubte nicht in der Lage zu sein, die Androhung, daß die Berufung bei Ausbleiben des Angeklagten verworfen werden würde, aufzuheben, zumal es sich um ein selbstverschuldetes Fernbleiben des Angeklagten handelte. Die Berufung wurde daher verworfen.

Ein weiblicher Bashford. Der Reichstags-Abgeordnete Rechtsanwalt Vielhaben theilt, wie wir in den „Berliner N. Nachrichten" lesen, folgenden Vorfall mit, der möglichenfalls noch parlamentarische Weiterungen im Gefolge haben wird: Eine nicht ungebildete Dame giebt an einem Hamburger Schalter eine Depesche auf, die aus dem Worte „Ampulla" besteht, angeblich ein Kosewort. Bei der Möglichkeit, daß aus dieser Kürze Irrthümer entstehen könnten, ersuchte der Beamte um Angabe von Namen und Adresse des Absenders, und zwar in dessen eigenstem Interesse. Die Dame verlangte das Original, das inzwischen auf ein Depeschenformular geklebt war, zurück. Der Beamte erklärte, daß er auf dem Original nach der Instruktion keine Aenderungen mehr vornehmen lassen dürfe. Nun forderte die Dame das Original, um die Depesche nochmals abzuschreiben und den Namen und die Adresse des Absenders hinzuzufügen. Ihrem Wunsche wurde von dem Beamten stattgegeben. Als dieser nun aber instruktionsgemäß das auf dem Pult liegende Original zurückforderte, warf ihm die Dame dies und den Federhalter dermaßen vor den Schalter, daß die Tinte umherspritzte. Das höfliche aber energische Ersuchen des Beamten, den Federhalter auf der Stelle zurückzulegen, beantwortete die Dame damit, daß sie schrie, sie ließe sich das von so einem Schnösel nicht gefallen. Obwohl nun selbst eine vor dem Schalter anwesende Privatperson, die über den Vorfall empört war, freiwillig dem Beamten ihren Namen und ihre Adresse aufgab, auch andere Beamte zugegen waren, hat der Postbeamte vergeblich hinauf bis zum Reichspostamt ersucht, daß wegen der Beleidigung eingeschritten würde. Der Beamte wurde sogar wegen des Vorfalls getadelt und vom Schalter entfernt! Belehrt durch den Fall Bashford hat der Beamte die Sache selbst in die Hand genommen und die Dame im Wege der Privatklage belangt. Nachdem die Beweisaufnahme zum theil stattgefunden hatte, hat die mit einem Anwalt erschienene Beklagte auf dringendes Zurathen des Amtsrichters, der eine härtere Bestrafung in Aussicht stellte, folgende Erklärung abgegeben:

„Es thut mir leid, daß ich den Privatkläger am 11. Januar 1897 beleidigt habe. Ich kann nicht behaupten, daß Privatkläger sich mir gegenüber unpassend benommen habe, und habe ich mich nur in der Erregung zu den Ehrenkränkungen hinreißen lassen.

Ich bin bereit, die Kosten des gesammten Verfahrens zu tragen und gestatte auch dem Privatkläger, die Ausfertigung dieser Vereinbarung, falls seine vorgesetzte Behörde es genehmigt, durch einwöchentlichen Aushang im Schalterraum des Haupt-Telegraphenamtes, Ringstraße, öffentlich bekannt machen zu lassen."

Da der Beamte sich weniger in seiner Person als in seiner Qualität als Beamter gekränkt fühlte, dieserhalb aber nach Ansicht der vorgesetzten Behörde kein Grund zum Einschreiten vorlag, so gab er sich mit dieser den thatsächlichen Sachverhalt feststellenden Erklärung zufrieden. Warum wird der Name der „Dame" nicht genannt?

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute in Berlin hat, wie uns geschrieben wird, dem Bundesrath eine Petition überreicht, worin sie ihre Forderungen in Beziehung auf die kaufmännischen Schiedsgerichte geltend macht. Angliederung an die Gewerbegerichte, freie Wahl der Beisitzer seitens der betheiligten Gehilfen und Prinzipale, Einbeziehung sämmtlicher Handlungsgehilfen bis zu einem Gehalt von 5000 M. Erhöhung der Werthgrenze für inappellable Streitigkeiten auf 500 M. Das sind in Kürze die Hauptforderungen. Der Wortlaut der Petition ist in der neuesten Nummer des „Handels-Angestellten" veröffentlicht.

Der Maurerstreik scheint, so weit er sich bis jetzt überblicken läßt, einen für die betheiligten Arbeiter zufriedenstellenden Verlauf zu nehmen. Sichere Zahlen liegen zwar noch nicht vor, aber so viel steht fest, daß bereits gestern auf einer ganzen Anzahl von Bauten der Stundenlohn von 60 Pf. bewilligt worden ist, ohne daß es zu einer Arbeitseinstellung kam. Unter denjenigen Unternehmern, welche die Forderung der Maurer anerkannten, befinden sich auch bekannte große Baugeschäfte und Innungsmeister, wie Matthäus, Lachmann u. Zauber, Baugesellschaft „Union". Die Firma Held u. Franke hat gleichfalls auf zweien ihrer Bauten bewilligt, wo die Maurer einig und geschlossen ihre Forderung stellten, auf anderen Bauten derselben Firma dagegen, wo es den Arbeitern an der erforderlichen Einmüthigkeit fehlte, erfolgte keine Bewilligung. Dies möge den Arbeitern als ein bezeichnendes Beispiel dafür gelten, daß sie nur durch treues Zusammenstehen den Unternehmern etwas abringen können.

Die Mechaniker, Dreher, Gürtler, Schleifer und Maschinenschlosser der Firma Dr. Hermann Rohrbeck, Johannisstraße 2, Bauanstalt für Desinfektoren, befinden sich seit Sonnabend wegen Lohnreduzirung im Ausstand. Zuzug ist fernzuhalten. Der Vertrauensmann der chirurgischen Branche.

Soziales.

Für Beschickung des internationalen Arbeiterschutzkongresses tritt in der Pariser „Petite République" mit großem Nachdruck unser Genosse Eduard Vaillant ein.

Versammlungen.

Eine gutbesuchte Versammlung der Parkettbodenleger tagte am 8. Juni im Lokale des Herrn Zubeil. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Lohnreduzirung bei der Firma Kampmeier. In der Diskussion empfahlen mehrere Redner, über die Fabrik die Sperre zu verhängen. Der Vorschlag wurde abgelehnt und soll erneuert werden bei Eintritt einer günstigeren Konjunktur.

Der Verband deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten hielt am Sonntag seinen siebenten Verbandstag ab. Erschienen waren 60 Delegirte und außerdem nahmen etwa 1000 Gäste an den Verhandlungen theil. Dem Verband gehören 53 Ortsvereine und zehn Bezirksstellen mit insgesammt 10 835 Mitgliedern an. Ober-Postassistent Fischbach, auf die Thätigkeit des Verbandes eingehend, erklärte, daß die frühere Befehdung der Verbandsmitglieder in ihrer Eigenschaft als solche nachgelassen habe. Der Verband wolle seinen Mitgliedern kostenfreien Rechtsschutz verschaffen, sowie unermüdlich an dem Ausbau eines ausreichenden Unterstützungswesens arbeiten. Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Bericht über die Wirksamkeit des Verbandes im verflossenen Jahre" theilte Ober-Telegraphen-Assistent Kaisenheim mit, daß das Jahr 1897 eine Glanzperiode in der Geschichte des Verbandes bilde. Die Mitgliederzahl sei 1897 um 2389 gestiegen, und zwar von 8446 auf 10 835. Es seien im Jahre 1897 7 neue Bezirksvereine, entstanden nebst 16 neuen Ortsvereinen und 10 Bezirksleitungen. Ganz hervorragend habe der Verband sich bei der Wittwen-Unterstützung betheiligt. Bei der Zentenarfeier sei die größte Zahl der Veranstaltungen von dem Verbande ausgegangen. (Beifall.) Der Verband habe dadurch seine Treue zum Herrscherhause dokumentirt. (Bravo!) Redakteur Hubrich referirte über das Thema: „Die sozialen Aufgaben der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung gegenüber dem Assistentenstande". Redner verlangt u. a. die Verminderung der diätarisch angestellten Beamten. Die Arbeitszeit müsse auf einen achtstündigen Normal-Postarbeitstag normirt werden, wie dies bei anderen Beamten seit den siebziger Jahren auch schon eingeführt ist. Bis jetzt bestehen überhaupt keine Zeitvorschriften im Postbetriebe und die Arbeitszeit beträgt 52 bis 60 Stunden. Spezifisch postalisch ist der Sonntagsbetrieb und seine Nichtberechnung als Arbeitszeit. Der freie Sonntag muß auf 36 Stunden erhöht werden und dem halbfreien darf kein Nachtdienst vorhergehen. (Bravo!) Bei den enormen Ansprüchen an Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit muß auch ein längerer nach dem Dienstalter zu bemessender Urlaub eingeführt werden. Gegen diejenigen Vorgesetzten, die ihre Disziplinargewalt mißbrauchen, muß strenger vorgegangen werden und dem Schalterbeamten jeder Schutz gegen das die Schalter benutzende Publikum, besonders dem sogenannten gebildeten Pöbel gegenüber, gewährt werden. (Stürmischer Beifall.) Die Sekretärprüfung kann nur, wenn nicht Rücksicht auf die ursprüngliche Schulbildung genommen wird, von Vortheil sein.

Ueber die Vermögenslage des Vereins und den Umsatz des Waarenhauses gab Herr Assistent Funk zu Punkt 3 der Tagesordnung einen Ueberblick. Danach beträgt das Vermögen des Verbandes 190 589 M. Das Waarenhaus mit seinen 14 Zweiganstalten erzielten einen Reingewinn von 6800 M. Die Auflage des Verbandsorganes stieg von 9400 auf 12 800 Exemplare. Nach dem Berichte des Redakteurs Hubrich über die „Deutsche Postzeitung" und der Verlesung der Berichte über die Thätigkeit der Ortsvereine schloß der Vorsitzende, Ober-Postassistent Fischbach, den Verbandstag.

Die Maurer Charlottenburgs hielten am Sonntag eine gut besuchte Versammlung ab und beschlossen nach einem beifällig aufgenommenen Referat Silberschmidt's einstimmig und ohne Diskussion: Da ein Sieg der Berliner Maurer ohne gleichzeitiges Vorgehen der in den Vororten ansässigen und beschäftigten Kollegen nicht durchgeführt werden kann, ebenfalls, gleich den Berliner Maurern, am Montag, den 14. d. M. auf allen Bauten, wo der Stundenlohn von 60 Pf. und die 9 stündige Arbeitszeit nicht bewilligt werden, die Arbeit niederzulegen. Bauarbeiter Reimann ersuchte um die Solidarität der Maurer in den Fällen, wo auch die Bauarbeiter Lohnerhöhungen fordern und aus diesem Anlaß sich genöthigt sehen, die Arbeit ruhen zu lassen.

Schöneberg. Am 10. d. M. tagte hier eine Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter, in der Genosse Behrend über das Attentat auf das Vereinsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen referirte. Zum Schluß gelangte eine Protestresolution einstimmig zur Annahme.

Rixdorf. Am 13. Juni beschäftigte sich hier eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung mit folgender Tagesordnung: Wie stellen sich die Kollegen zu der diesjährigen Lohnforderung. Der Referent Maurer Dühring empfahl in Kürze den am 11. Juni von den Berliner Maurern gefaßten Beschluß — vom Montag, den 14. Juni, nicht unter 60 Pf. Minimallohn zu arbeiten — der Versammlung zur Annahme. — In der Diskussion wurde der Standpunkt des Referenten vertreten und sodann ein dem entsprechender Beschluß gefaßt.

Steglitz. Die Protestversammlung gegen das Vereinsgesetz, die am 9. d. M. tagte, war nur mäßig besucht. Das Referat des Genossen Kiesel wurde von den Theilnehmern recht beifällig aufgenommen und der Resolution einmüthig zugestimmt. In nächster Zeit wird sich eine öffentliche Versammlung mit der Gründung eines Gewerkschaftskartells beschäftigen.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Bibliothek in der Nordschule Brunnenstr. 36, ist für die Mitglieder an folgenden Tagen geöffnet: Sonntags, vormittags von 10—12, Dienstags und Freitags, abends 9½ bis 10 Uhr. Mitgliedsbeiträge werden an diesen Tagen in der Nordschule entgegengenommen, ebenso in folgenden Zahlstellen: Gollstr. Schulz, Admiralstr. 40a, Schöning, Köpnickerstr. 68; Neuf, Barnimstr. 42; Babiel, Rosenthalerstr. 67; Gleinert, Müllerstr. 7a; Burghause, Putbuserstr. 32; Blankenfeld, Stephanstr. 29, Werner, Bülowstraße 63; Grube, Mariendorferstraße 5; Kohler, Junkerstraße 1. H. Königs, Dieffenbachstr. 30.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Paul Mücke jr., SO. Manteuffelstr. 129, Geldsendungen an den Kassirer H. Königs, S. Dieffenbachstr. 30, zu senden.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Schwedenstr. 19, v. 1 Tr. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Korium, Manteuffelstr. 48, v. 2 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und der Umgegend. Vorsitzender P. Gent, Dresdenerstr. 102/103. Alle Zuschriften, den Vereinskalender betreffend, sind an H. Bendix, Alexandrinenstraße 100, zu richten.

Arbeiter-Rauchverbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2. Hof.

„Kosmos", Verein für volksthümliche Wissenschaft. Heute, abends 9 Uhr, bei Hensel, Brunnenstr. 172. Vortrag des Herrn Bär über „Unser Handel in Afrika". Gäste willkommen.

Zentralverband der Töpfer, Filiale Berlin. Mittwoch, den 16. Juni, abends 7 Uhr, Versammlung bei Rölig, Rosenthalerstr. 11—12. Vortrag des Reichstags-Abg. Peus über „Gleichberechtigung der Arbeiter". Rege Betheiligung der Mitglieder ist nothwendig.

Zentralverein Arends'scher Stenographen. Arends'scher Stenographenverein „Merkur", Damenabtheilung, Blumenstr. 10. Stenographenverein „Gegr. 1866", Lindenstr. 71. Stenograph. Gesellschaft „Arends", Neue Königstr. 73. Stenographenverein „Nordwest", Rathenowerstr. 90. Sitzungen Dienstags, abends 8½ Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7—8 Uhr statt.

W. R. in H. Unser Redakteur Adolf Braun ist seit Pfingsten von Berlin abwesend.

Schillingstr. 27. Ja. — **F. S., Tolmsstraße.** Wenn Sie 600 M. jährlich einnehmen: Ja. — **M. H. 4.** 1. Ja. 2. Bom. 3. Sie leben außer Gütergemeinschaft. 4. Dafür muß der Unternehmer sorgen. — **J. R. 28.** Das Gehalt ist zu zahlen. — **E. W., Rixdorf.** Nein.

Tenfert. Wir haben nur die wichtigsten Beschlüsse der Konferenz gebracht. Daraus erklärt sich, daß die von Ihnen bezeichnete Resolution herausblieb.

Witterungsübersicht vom 14. Juni 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduzirt auf d. Meeresspiegel	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (5°C. = 4°R.)
Swinemünde	768	SSO	1	wolkenlos	23
Hamburg	768	SO	3	wolkenlos	22
Berlin	768	SSW	3	wolkenlos	22
Wiesbaden	766	O	1	heiter	19
München	768	O	5	wolkenlos	16
Wien	768	Still	—	wolkenlos	16
Haparanda	756	WSW	4	heiter	16
Petersburg	765	WNW	0	wolkig	14
Cork	766	NW	4	halb bedeckt	15
Aberdeen	758	NW	5	bedeckt	12
Paris	763	S	1	wolkenlos	21

Wetter-Prognose für Dienstag, den 15. Juni 1897.

Zunächst noch heiter und sehr warm, bei ziemlich frischen südlichen Winden; nachher Trübung, Gewitterregen und Abkühlung.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 15. Juni.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Geschlossen.
Berliner. Die Maschinenbauer von Berlin.
Lessing. Die Geisha.
Schiller. Eine Palastrevolution.
Neues. Trilby.
Westen. Der Wildschütz.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient.
Belle-Alliance. Konstantinopel.
Residenz. Der Unterpräfekt.
Alexanderplatz. Im Kampf um's Dasein.
Volks. Auf eigenen Füßen.
Apollo. Venus auf Erden.
Passage-Panoptikum. 500 Sehenswürdigkeiten. Zwei Riesen-Illusionen.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: **Eine Palastrevolution.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Papa Nitsche.**

Apollo-Theater und Konzert-Garten.
Auftreten des unerreichten Humoristen
Otto Reutter
mit seinen aktuellen selbstverfaßten Kouplets.
Um 9 Uhr:
Venus auf Erden.
Burlesk-phantastische Operette m. Tanz in 1 Akt von Bolten-Bäckers. Musik von Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Direktor J. Glück.
Ferner Auftreten v. Spezialitäten ersten Ranges.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Konzert 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Central-Theater.
Alte Jakob-Straße 20.
Dienstag, 15. Juni, Mittwoch, 16. Juni, Donnerstag, 17. Juni:
Dreimalige Aufführung:
Sozialaristokraten.
Komödie in 5 Akten von Arno Holz.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weiß.
Unsere Reichspost.
Sensationelle Novität.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten:
Spezialitäten 1. Ranges, Theater. U. a.: **Hugo Schulz.**
Anfang 5½ Uhr. 28 Nummern.

Viktoria-Brauerei
(Garten resp. Saal)
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
Heute sowie täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkaufs-Billets 40 Pf.
(Siehe Plakate.)

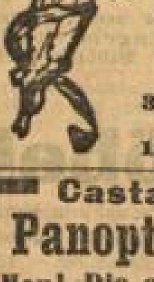
Actien-Brauerei Friedrichshain.
Heute Dienstag:
Gr. Militär-Frei-Konzert.
Programm unentgeltlich.

Volks-Theater
34. Reichenberger-Straße 34.
Sommer-Saison.
Abends 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Auf eigenen Füßen.
Gesangsposse von Pohl u. Wilken, Musik von A. Conradi.
Vor der Vorstellung von 6½ Uhr, Sonntags 5½ Uhr:
Garten-Konzert.
Entree: Wochentags 30 Pf. bis 3 M. Sonntags 50 Pf. bis 3 M.

Puhlmann's Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148, Kastanien-Allee 97—99.
Täglich:
Mannschaft an Bord.
Komische Operette in 1 Akt.
Amélia Bland, Verwandlungs-Soubrette. **Paul Petras**, Gentl. Jongleur. **Martinius**, Gesangs- u. Tanz-Duettisten. **Barbarina**, Ballet-Ensemble. **Mizzi Braun**, Kostüm-Soubrette. **Gebr. Harry und William Lafoure**, Piccolo-Theater. **Geschw. Morlé**, die Planeten d. Luft. **Arthur Martin**, Humorist. **Little Charles**, Lawinensturz. **Metzelty Troupe**, Miniatur-Akrobaten.
Im Saale: **Ball.**
Anfang 4½ Uhr. **Entree 30 Pf.**
Reservirter Platz 50 Pf.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Aennchen vom Hofe.
Schwank in 1 Akt von Jacobsohn.
Novität! **Die Zirkusfee.** Novität!
Operette in 1 Akt von E. Felsch. Musik von Fritz Baselt.
Im Saale:
Grosser Ball.

Urania,
Tauben-Strasse 48—49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62 (Lehrter Stadtbahnhof): Täglich von 5 Uhr nachmittags ab bis 10 Uhr abends Sternwarte und Mondpanorama. Eintritt 50 Pf. Näheres die Tagesanschläge.


Passage-Panopticum.
Die
Kinder der Wüste.
30 Personen.
Vorstellung
12, 5, 7, 9 Uhr.

Castan's Panopticum.
Neu! Die elektrisch belebten
Neu! und künstlich sprechenden
Neu! Menschen.
Neu! und hochkomisch!

Schweizer Garten
Am Königsthor u. Friedrichshain.
Täglich! Täglich!
Theater- und Spezialitätenvorstellung
Volksbelustigungen aller Art.
Täglich: **Ball. Entree 30 Pf.**
Im Juli sind 2 Sonnabende frei geworden, welche an Vereine zu Sommerfesten z. verg. sind.

Olympia
im Belle-Alliance-Theater
Belle-Alliancestraße 7/8.
Nachm. 4 Uhr. Abends 8 Uhr:
G. Ottavi's
Reise nach
Konstantinopel.
Ausstattungsstück m. Ballet i. 9 Bildern.
Im herrlichen Sommergarten:
4 Uhr: **Großes Doppel-Konzert.**
6 Uhr: Auftr. Spezialitäten I. Ranges.
Entree 50 Pf., Sperrsitz 1 M.
Vorzugsbillets haben wieder Giltigkeit.

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuserstr. 4a. Inh. H. Pierry.
Täglich:
Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
im prachtvoll renovirten 1500 Personen fassenden Garten.
Ballhaus-Anna, Bade zu Hause
u. s. w.
Passe-partouts haben an den Wochentagen Giltigkeit. — Familien können Kaffee kochen.

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Jeden Sonntag:
Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Immer neues Programm.
Anfang 6 Uhr. Entree 30, reserv. 50 Pf.
Jeden Donnerstag:
Familien-Abend.
Gr. Theater-Vorstellung.
Anf. 7½ Uhr. Entree 25, reserv. 40 Pf.
Der Sommergarten ist nebst Kaffeeküche geöffnet.

Reichsgarten
Friedenstrasse 20
(Ecke Büschingstraße).
Täglich:
Grosses Frei-Konzert.
Die Kaffeeküche ist täglich, auch Sonntags, von 2 Uhr ab geöffnet.
H. Koslowsky.

Konzert-Garten (3000 Personen fassend.)
Schiller-Theater (Wallner-Theater)
Berlin O., Wallnertheaterstr. 35.
Angenehmer Aufenthalt für Jung und Alt.
Vereinen wie Gesellschaften empfehle ich den Garten zur Veranstaltung von Sommerfesten ꝛc. unter koulantesten Bedingungen. 2056b
R. Riefke, Restaurateur.

Ostbahn-Park
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Platz.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 20 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn **Otto Görner.**
Kaffeeküche 3 bis 5 Uhr. — Volksbelustigungen aller Art.
4 Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche.
Entree: Wochentags nur 10 Pf. Sonntags 30 Pf., Kinder 10 Pf. **H. Jmbs.**

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
Oeconomie: **Birkholz & Mittag.**
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.
Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2—7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Achtung, Parteigenossen!

Am Dienstag, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Zimmermann, Badstr. 58 (Gesundbrunnen):**

Gr. Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vom preußischen Landtag und seiner Thätigkeit. Referent Genosse **Dr. Arons.** 2. Diskussion.
Um zahlreichen Besuch ersucht 220/2*

Der Vertrauensmann.

Sozialdemokratischer Wahlverein im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 15. Juni, abends 8 Uhr, bei **Haase, Große Frankfurter-Straße Nr. 117 (Königsbank):**

Versammlung.

Tages-Ordnung: 243/3*
1. Vortrag des Genossen **Katzenstein** über: „Kommunale Sozialpolitik". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr,

Versammlung

für die Schönhauser Vorstadt

bei **Wernau, Schwedterstr. 23/24.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Metzner** über: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner". 2. Diskussion. 3. Vereins-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. 220/3*

Für Wedding und Oranienburger Vorstadt

in **Milbrodt's Festsälen, Müllerstr. 7.**

Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Kolonialpolitik und Kolonialhelden". Referent: Ingenieur **Grempe.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Dienstag, den 15. Juni 1897, abends 8½ Uhr:

Bezirks-Versammlung

für Charlottenburg und Spandau
im Lokale des Herrn **Leder, Charlottenburg,** Bismarckstraße 74.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Massatsch.** 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 16. Juni 1897, abends 8½ Uhr:

Bezirks-Versammlung

für Süden und Zentrum
im **„Louisenstädtischen Klubhaus",** Annenstraße 16.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 16. Juni 1897, abends 8½ Uhr:

Bezirks-Versammlung

für Gesundbrunnen, Rosenthaler-, Schönhauser- und Prenzlauer Vorstadt
in **Gründel's Salon,** Brunnenstraße 188.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **H. Rohrlack** über: „Ostasiatische Kultur". 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

In diesem Bezirk hat die Ortsverwaltung eine andere Eintheilung vorgenommen, sodaß es nicht mehr heißt: **Wedding und Gesundbrunnen,** sondern: **Wedding und Oranienburger Vorstadt.** Der andere Bezirk heißt wie oben: **Gesundbrunnen, Rosenthaler-, Schönhauser- und Prenzlauer Vorstadt.**

Donnerstag, den 17. Juni 1897, abends 8½ Uhr:

Bezirks-Versammlung

für Süd-Osten
in **Rautenberg's Salon,** Oranienstraße 180.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **H. Rohrlack** über: „Ostasiatische Kultur". 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, den 17. Juni 1897, abends 8½ Uhr:

Bezirks-Versammlung

für Rixdorf
in den **Viktoria-Sälen,** Hermannstraße 49.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Massatsch.** 2. Diskussion. 3. Wahl der Bezirksleitung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Wir bitten um zahlreichen und pünktlichen Besuch sämmtlicher in den Bezirken wohnenden Mitglieder.

Achtung, Metallarbeiter!

Sonnabend, den 10. Juli,
in den Gesammträumen des **Schloß Weißensee:**

Gr. Sommernachts-Fest.

Gr. Konzert. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Grosses Brillant-Land- und Wasser-Feuerwerk.
In beiden Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang 5 Uhr nachmittags. Billet inkl. Tanz 30 Pf.
Alles Nähere besagt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt. Billets sind bei den Kassirern und in sämmtl. Zahlstellen zu haben.

Sonntag, den 20. und 27. Juni 1897, vormittags 9 Uhr:

Sonder-Vorstellung in der „Urania", Taubenstraße 48-49:
„Der Kampf um den Nordpol".

Eintrittskarten sind bei den **Kassirern, sowie im Verbandsbureau Annenstraße 39** zum Preise von **60 Pf.** erhältlich.

Den Mitgliedern, welche die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung" wünschen, geben wir bekannt, daß sie sich dieserhalb an die Werkstattvertrauensleute zu wenden haben. Die Vertrauensleute ersuchen wir unverzüglich anzugeben, wieviel Zeitungen sie gebrauchen, um den Versand regeln zu können. Die alten Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ersuchen wir nochmals, ihre Mitgliedsbücher abzugeben, um dieselben mit der neuen Ortsnummer versehen zu können; **jedes Mitglied muß seinem Buche einen Zettel mit genauer Wohnungsangabe beifügen.**

Die Ortsverwaltung.

Künstl. Zähne 2 M. **Schmerzl. Zahnziehen 1 M.,** Plomb. 1,50 M. Theilz. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerst. 22. Spr. 9-6 U.

Achtung! Maurer. Achtung!

Dienstag, den 15. Juni, abends 7 Uhr, in Keller's großem Saal, Koppenstr. 29:

Grosse öffentliche Maurerversammlung.

280/19 Tagesordnung: **Der Stand unserer Lohnbewegung.**

Da es für unsere Lohnbewegung zum Vortheil gereicht, daß möglichst viele Kollegen Berlin während der Bewegung verlassen, was die schnelle Durchführung unserer Forderungen zur Folge hätte, ersuchen wir die Kollegen, möglichst dahin zu wirken, daß obigem Rechnung getragen wird. Da aber in vielen Städten Lohnbewegungen stattfinden und es unter allen Umständen vermieden werden muß, derartige Städte als Reiseziel zu benutzen, geben wir die Orte bekannt, in welchen die Kollegen im Lohnkampfe stehen: Altenburg, Bielefeld, Rudolstadt, Sonneberg i. Th., Speyer, Uelzen, Neustadt a. d. Hardt, Erfurt, Zwickau, Wiesbaden und Umgegend, Osterburg, Bochum und Leipzig. Zuzug ist weiter fernzuhalten von Forst i. L., Heilbronn, Hörde i. W., Lehnin, Rathenow, Kamenz, Jauer, Magdeburg, Greiz, Gera, Reyschkau, Hagen, Reichenbach i. V., Crimmitschau, Mannheim, Mittweida, Göttingen, Wittenberge, Bochum, Münster i. W., Hannover, Weißwasser i. Schl., Königsberg i. Pr., Apenrade, Stettin, Potsdam, Koburg, Goldberg i. M., Mülhausen i. E., Mühlheim a. d. Ruhr, Cuxhafen, Mylau, Torgau, Malchin und Bayreuth.

Die Lohnkommission.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, Genosse

Theodor Kaye

Destillateur

am 12. d. M. verstorben ist.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 15. d. M., nachm. 5 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus, Bernauerstraße, aus nach dem Elisabeth-Kirchhof, Prinzen-Allee (Gesundbrunnen) statt.

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Mittwoch, den 16. Juni, abends 8½ Uhr, bei Grosse, Annenstr. 16, 1 Tr.:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Thätigkeit der Neuner-Kommission. 2. Eventuelle Statutenänderung und Ergänzungswahl zum Vorstand. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. 5/19*

Mitgliedsbuch legitimirt.

Beiträge werden entgegengenommen. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Die Bibliothek in der Nordschule, Brunnenstr. 25, wird am 1. Juli geschlossen, und ersuchen wir die Mitglieder, die entliehenen Bücher bis dahin zurückzugeben.

D. O.

Lese- und Diskutirklub „Süden".

Heute, Dienstag, den 15. Juni, abends 8½ Uhr, im Lokale des Genossen Ewald, Schöneleinstr. 6:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen **Ewald** über: **„Das neue Vereinsgesetz.** — Gäste, insbesondere die Genossen des Südens, sind willkommen. 2573b

---

Rabitz-Putzer.

Mittwoch, 16. Juni, abends 8½ Uhr, bei Stabernack, Inselstr. 10:

Mitglieder-Versammlung der Rabitz-Putzer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Kollegen, sorgt für guten Besuch.
2572b **Der Vorstand.**

Reinickendorf.

Mittwoch, den 16. Juni, abends 8 Uhr, in Bötcher's Seepark, Markstrasse No. 1–2:

Große Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Arthur Stadthagen** über: „Nieder mit der Reaktion".
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 223/12

Entree 10 Pfennig.

Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vertrauensmann.**

Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

(Eingetragene Genossenschaft m. b. H.)

Plan-Ufer 16. Schutz- **Marke. Stralsunderstr. 8.**

Empfiehlt den Parteigenossen ihr vorzügliches Roggenbrot, welches, weil es aus bestem Roggenmehl hergestellt ist, sich tagelang frisch und wohlschmeckend hält. **Der Vorstand.**

Jul. Wernau's Festsäle, Schwedterstrasse No. 23-24.

Sonnabend, den 19. Juni 1897:

Stiftungs-Fest

des geselligen Vereins **„Türkische Pfeife"**
bestehend in

grossem Sommernachts-Ball

unter gütiger Mitwirkung des Vereins **Rhetorik** und des Arbeiter-Gesangvereins **Gleichheit I** (Mitglied des A.-S.-B.).
Zum Schluß: Lebendes Bild: **„Die Schmiede im Walde".**
Die Kaffeeküche steht den Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. — Im Saale: **Grosser Ball** (Herren, die daran theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach). **Anfang 4 Uhr. Ende??? Programme à 30 Pf.** sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
Achtung! Der Ueberschuß fließt in die Parteikasse. **Achtung!**

Vereins-Geschäft Max Richter, Grüner Weg 65.

Großes Lager von Bildern, Büsten (diverse Größen) **von Marx, Lassalle, Engels. Stocklaternen. Bildereinrahmung. Saaldekorationen. Billigste Preise für Händler und Vereine.** 1782L*

Empfehle m. Restauration, Vereinszimmer. Jakob Lenz, Alte Jakobstr. 69.

Möbel

verliehen gewesene und neue, **staunend billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 1791L*

Neue Königstr. 59.

Wer–Stoff–hat

fertige Anzug, 20 M., feinste Zuthaten, saubere Arbeit, 2 Anproben. **Engel, Münzstr. 26,** part. Herrenanzugreste von 12 M. an. Gelegenheitskäufe. *

Fahrrad, Modell 1897, verk. billig unter Garantie **Schultze, Annenstr. 26, 2 Tr.** 9476b*

Briefmarken nehmen in Zahlung. Zahlreiche lobende Anerkennungen.

8 Tage zur Probe

senden wir dem Einsender dieser Annonce ein hochfeines Taschenmesser **No. 349,** wie Zeichnung mit 2 aus primo Stahl geschmiedeten Klingen und mit Korkzieher, echtes Hirschhornheft mit doppelten Neusilberbeschlägen, **unter Garantie** zum Preise von nur **Mk. 1,30.** Zahlung oder Retoursendung innerhalb 8 Tagen, **also kein Risiko.**

Gebrüder Rauh, Stahlwaarenfabrik, Gräfrath bei Solingen.

Umsonst und portofrei versenden wir an Jedermann unsern neuesten **Prachtkatalog** mit über 550 Abbildungen von Messern und Gabeln, Taschenmessern, Rasirmessern, Brot- und Schlachtmessern, Gemüsemessern, Scheeren, Waffen, Haushaltungsgegenständen, sowie von sonstigen vielen Neuheiten.

Name und Stand (deutlich) Wohnort und Poststation (deutlich)

. . . . . .

Mehr wie 1 Stück wird nur gegen Nachnahme oder vorherige Cassa versandt.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe

Berlins und Umgegend.

Am Sonnabend, den 12. Juni, verstarb nach langem Leiden unser treues Mitglied, der 69/13

Restaurateur Theodor Kaye.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. Juni, nachmittags punkt 5 Uhr, vom Lazarus-Krankenhause, Bernauerstraße 116 aus nach dem Elisabeth-Kirchhof in der Prinzen-Allee statt. — Die Kollegen werden um zahlreiche Betheiligung gebeten.

Der Vorstand. J. A.: Ferdinand Ewald.

Photographien

Beste Ausführung. Billigste Preise. **Atelier Albert Elkes, Ritter-Straße 106.** Ecke Prinzenstr.

Neu! Neu! Für Schneider! Wie verbessert man seine Existenz? Da das Detailreisen verboten ist. Broschüre gratis u. franko durch **Preussner,** Schulterblatt 59, **Altona a. E.** *

Reisekoffer, Betten, Steppdecken, Gardinen, Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Operngläser, Regulatoren, Remontoiruhren, Granatarmbänder spottbillig Pfandleihe **Neanderstr. 6.** 2452b

---

Deutsch. Porter

Dessert- u. Malzkraftbier 1. Rang. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bes. f. Blutarme, Brustkranke, Bleichs., Wöchn., Rekonv. ꝛc. d. leicht bekömml., nahrhaftkräftigste Bier. — Ist blutbild., desh. best. Gesichtsf. u. Gewichtszunahm. sicherr. 14 Flasch. frei, 50 zehn M. exkl. In Geb. (1/1, 1/2, 1/10) 4. Selbstabz. wesentl. bill. Allein. Versandtst f. Berlin u. Prov. Porterkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstraße 152.** Nicht Flaschenzahl — Qual. entscheid.

Zahn-Atelier.

Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mit. Cocain, Cloréthyl, Chloroform und Lachgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigen umsonst; Ratenzahlung gestattet, Woche 1 M. *

Guckel, Lausitzer Platz 2, Elsasserstraße 12, Steglitzerstraße 71.

Bettfedern, dreif. gereinigte neue, vorzügl. füllend, Pfund 50, 70, 90 Pf. **Halbdaunen** Pfd. 1,10. **Halbdaunen,** silberhell, Pfd. 1,60. **Daunen** von vorzügl. Füllkraft (3 Pfd. genügen z. größten Oberbett) Pfd. 2,75, empf. das als streng reell bekannte, 1870 gegr. Spezial-Geschäft von **S. Pollack, Oranienstr. 61,** am Moritzplatz.

Restauration.

Zwingender Familien-Verhältnisse halber (Todesfall) bin ich willens, mein **Geschäft preiswerth zu verkaufen.** 1993L*

Richard Bablel, Rosenthalerstraße Nr. 57.

Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart, äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel. [2010L*

Schützenstr. 2.

Wanzen vertreibt unt. Garantie **Queißt,** Fehrbellinerstr. 50, Hof 4 Tr.

Todes-Anzeige.

Die Beleg. **Emilie Gräfe geb. Dunkel** ist am 8. Juni 1897 gestorben. Die Beerdigung findet am 15. Juni 1897, nachmittags 5 Uhr, auf dem Zions-Kirchhofe in Neu-Weißensee statt. 2578b

---

Betten, prachtv. Stand, Umstände halb. sof. f. 20 M. Grimmstraße 20, v. 2 Tr. r.

Gut erhalt. **Nähmaschine** z. verk. bei **Höfer,** Wrangelstr. 10, v. 4 Tr.

Kinderwagen verk. Schlegel, Stalitzerstr. 105.

---

1 mahg. Kommode, K. Labentisch, Sophatisch bill. Reichenbergerstr. 21, H. 2 Tr., Barthel.

Wer Stoff hat, fertige Anzug, feinste Futtersachen, für 20 Mark an. 2579b

Heymann, Chausseestr. 26.

Echt chinesische

Mandarinendaunen

(gesetzlich geschützt)
das Pfund Mk. 2,85,
natürliche Daunen wie alle inländischen, **garantirt neu und staubfrei,** in Farbe ähnlich den Eiderdaunen, anerkannt **füllkräftig u. haltbar: 3 bis 4 Pfund genügen zum grossen Oberbett.**
Tausende von Anerkennungsschreiben. Verpackung kostenfrei. Versand gegen Nachnahme **nur allein** von der **ersten Bettfedernfabrik** mit electrischem Betriebe
Gustav Lustig,
Berlin S., Prinzenstraße 45.

Wer–Stoff–hat.

Fertige Anzug für 13 M., haltbare Zuthaten, 2 Anproben, sauberste Arbeit. **Hose 1,75. Großes Stofflager.** ff. Cheviots oder Kammgarn zum Anzug v. 12 M. an. Nach Maaß bestellte Anzüge, Paletots, Hosen, nicht abgeholt, verkaufe z. Hälfte d. Kostenpreises. Elegante Fracks verleihe für 2 M. Herren-Anzugreste v. 4½ M. an. Stoff zu Knaben-Anzügen v. 1 M. an, umsonst zugeschnitten. Herren-Hosenreste von 2 M. an, spottbillig. — Gelegenheitskäufe haltbarer Waaren unter Garantie. — Lüstre, waschbare Jaquets, Komtoir-Joppen von 1,30 M. an.

A. Priester,
Herren-Bekleidung,
Lieferant des Konsumvereins NO.,
Große Frankfurterstraße 40.

Stralauer Allee 32 und Caprivistr. 3–9, an der Stadtbahn-Haltestelle Warschauerstraße, sind in den neuerbauten Häusern schöne **Wohnungen** zu vermiethen. 2531b

---

Chausseestraße 2 P
Wohnung von 17–33 M. 2549b*

Belforterstraße 23
Wohnung von 8–23 M. 2549b*
Geschäftskeller und Wohnung 50 M.

Anständiger Herr findet Schlafstelle bei Schlisuer, Forsterstr. 2, 4 Tr.

Arbeitsmarkt.

Ein Schlosser

oder Mechaniker auf Selbstfärber (Stempel) wird sofort verlangt.
2537b* **H. Bernert, Kastanien-Allee 40.**

Plätterinnen auf geschweifte Umlegekragen und Manschetten in und außer dem Hause sucht 2552b*
Max Treppe, Lothringerstr. 16, Quergebäude IV.

Tücht. Stepperinnen, welche schon auf bessere Damen-Jaquets gesteppt haben, werden bei 20 M. Lohn pro Woche sof. gesucht. **M. Holy & Co.,** Markgrafenstraße Nr. 43/44, am Gensdarmenmarkt.

Goldleisten.
Tüchtige **Farbigmacher** finden lohnende Beschäftigung. [2577b
Köpnickerstr. 109a.

Goldleisten.
Tüchtige **Belegerinnen** finden dauernde Beschäftigung. [2576b
Köpnickerstr. 109a.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.